

2. Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

2.1 Bevölkerungsentwicklung

Am 30. 6. 1977 lebten auf den 19 838 Quadratkilometern Landesfläche 3 645 212 Menschen. Die Bevölkerungsdichte lag mit 184 Einwohnern je Quadratkilometer weiterhin unter dem Bundesdurchschnitt (247) und dem Durchschnitt der anderen Flächenländer (231).

Bevölkerungs-
stand
und -dichte

Der bereits im Jahre 1974 einsetzende **Rückgang der Bevölkerungszahl** hat sich **in den Jahren 1975 und 1976 fortgesetzt**. In diesen beiden Jahren verminderte sich die Bevölkerung des Landes um 39 065 Personen. Davon entfielen 20 728 auf den Gestorbenenüberschuß und 18 337 auf den negativen Wanderungssaldo, der in starkem Maße durch die Abwanderung von Ausländern verursacht wurde. Mit 1,1 % entsprach die Bevölkerungsabnahme des Landes in etwa der bundesdurchschnittlichen Entwicklung (0,9 %).

Gesamt-
entwicklung

Im Berichtszeitraum 1975/76 war **in allen fünf Regionen** des Landes eine **Bevölkerungsabnahme** zu verzeichnen. Dabei ging in den Regionen Mittelrhein-Westerwald, Trier und Rheinhessen-Nahe die Bevölkerungszahl mit je - 0,8 % nur unterdurchschnittlich zurück. Der Bevölkerungsrückgang in den Regionen Rheinpfalz und Westpfalz war mit - 1,5 % bzw. - 1,6 % stärker als im Landesdurchschnitt.

Die Zahl der lebendgeborenen Kinder, die im Jahre 1975 auf 34 377 absank, stieg 1976 erstmals seit 1963 wieder etwas an und lag mit 34 544 um 167 über dem Vorjahreswert. Der Vergleich mit dem Jahre 1963, als in Rheinland-Pfalz mit 67 768 Lebendgeborenen der höchste Nachkriegsstand erreicht wurde, macht das Ausmaß des inzwischen eingetretenen Geburtenrückgangs deutlich.

Geburten und
Sterbefälle

Trotz der geringfügigen Zunahme der Geborenenzahl im Jahre 1976 kann gegenwärtig nicht von einer Umkehr der Entwicklung, **günstigstenfalls** von einem **Stillstand des Geburtenrückgangs** gesprochen werden. Während im Jahre 1974 von 1 000 Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 45 Jahren) noch 49 Kinder geboren wurden, waren es in den Jahren 1975 und 1976 nicht ganz 47. **Für eine langfristige Bestanderhaltung der Bevölkerung müßten 1 000 Frauen dieser Altersgruppe aber rund 71 Kinder zur Welt bringen. Auf die gegenwärtige Zahl dieser Frauen in Rheinland-Pfalz bezogen, hätten 1976 rund 51 000 Lebendgeburten erfolgen müssen, also gut 47 % mehr als tatsächlich registriert wurden.**

Das **generative Verhalten der ausländischen Wohnbevölkerung** des Landes **scheint sich dem der deutschen anzupassen**. Zwar liegt die Geburtenhäufigkeit der ausländischen Frauen noch erheblich über dem Gesamtniveau, aber ein deutlicher Rückgang ist unverkennbar. So wurden im Jahre 1974 von 1 000 Ausländerinnen im gebärfähigen Alter über 106 Kinder lebend geboren; im Jahre 1976 waren es dagegen nur knapp 96 Kinder, was einem Rückgang um annähernd 10 % gleichkommt. In der gleichen Zeit ging die Geburtenhäufigkeit der deutschen Frauen um nicht ganz 4 % zurück.

Während die Zahl der Gestorbenen im Berichtszeitraum mit 12,2 auf 1 000 Einwohner altersstrukturbedingt an der oberen Grenze der langjährigen Reihe der Sterbeziffern lag, ist bei der **Säuglingssterblichkeit eine deutliche Verbesserung eingetreten**. Starben im Jahre 1974 von

1 000 Lebendgeborenen noch 22,3 im ersten Lebensjahr, waren es im Jahre 1976 »nur« noch 19,2 (Bundesdurchschnitt: 17,4).

Wanderungs-saldo Der bereits 1974 eingetretene **negative Gesamtwanderungssaldo des Landes** verstärkte sich im Jahre 1975 auf 11 723, ging dann aber 1976 auf 6 614 zurück. Daraus ergibt sich ein durchschnittlicher jährlicher Wanderungsverlust des Landes von 2,50 auf 1 000 Einwohner. In allen Regionen sind im Berichtszeitraum Wanderungsverluste eingetreten, deren Höhe regional stark differiert. Mit einem durchschnittlichen negativen Wanderungssaldo pro Jahr von 0,84 je 1 000 Einwohner hatte die Region **Mittelrhein-Westerwald die geringste Abnahme zu verzeichnen**, gefolgt von den Regionen Rheinhessen-Nahe mit 1,24 und Trier mit 1,75. **Erheblich über dem Landesdurchschnitt lagen die Abnahmeraten der Reg. Westpfalz (4,16) und Rheinpfalz (5,27).**

Der **Wanderungssaldo wird in starkem Maße von den Wanderungsentscheidungen der Ausländer bestimmt**, die wesentlich mobiler als die deutsche Bevölkerung sind und sich stärker an der konjunkturellen Entwicklung orientieren. Im Berichtszeitraum 1975/76 haben die Fortzüge die Zuzüge bei der deutschen Bevölkerung um 5 140 und bei den Ausländern um 13 197 überwogen; der Wanderungsverlust der Ausländer ist von 9 245 im Jahre 1975 auf 3 952 im Jahre 1976 zurückgegangen. In den Regionen Rheinhessen-Nahe und Rheinpfalz, deren Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung über dem Landesdurchschnitt liegt, ist der Bevölkerungsrückgang aus den Wanderungen ganz überwiegend auf den hohen Wanderungsverlust der Ausländer zurückzuführen; die Region Rheinhessen-Nahe hat im Berichtszeitraum einen geringen Wanderungsgewinn an Deutschen zu verzeichnen. Der Wanderungsverlust der Regionen Trier und Westpfalz ist dagegen vor allem auf die Abwanderung deutscher Staatsangehöriger zurückzuführen. Eine Sonderstellung nimmt die Region Mittelrhein-Westerwald ein; hier standen im Berichtszeitraum einem Wanderungsgewinn von 1 810 Deutschen Wanderungsverluste der Ausländer in Höhe von 3 715 gegenüber. Maßgeblich für den positiven Wanderungssaldo der deutschen Bevölkerung war vor allem der Wanderungssaldo der Altersgruppe 60 und mehr Jahre, der im Berichtszeitraum in allen Regionen positiv war, aber nur in der Region Mittelrhein-Westerwald mit 1,25 auf 1 000 Einwohner über dem Landesdurchschnitt von 0,51 lag.

Bevölkerungs-entwicklung in Abhängigkeit von der Raumstruktur In den Jahren 1975 und 1976 ist die Bevölkerungszahl in den Verdichtungsräumen und ihren Randzonen – zusammen werden sie als Ordnungsräume bezeichnet – um 1,1 % zurückgegangen. Damit entspricht der **Bevölkerungsrückgang in den Ordnungsräumen dem Landesdurchschnitt.**

Für die Frage, ob auch weiterhin von einer Sogwirkung der Verdichtungsräume und ihrer Randzonen für Rheinland-Pfalz gesprochen werden kann, ist die folgende Tabelle 3 aufschlußreich:

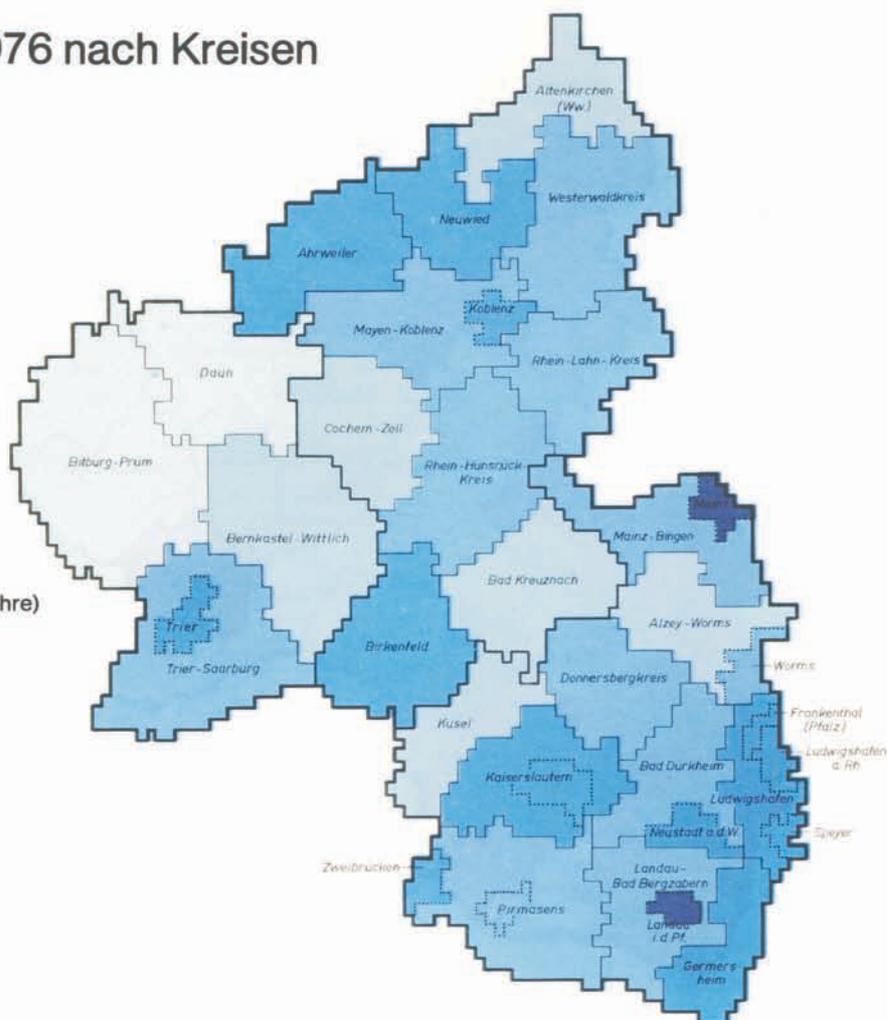
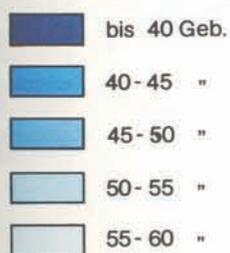
Tabelle 3: **Wanderungssaldo 1970 bis 1973 und 1974 bis 1976 in Abhängigkeit von der Raumstruktur**

Gebiet	1970 bis 1973		1974 bis 1976	
	absolut	je 1 000 Einwohner	absolut	je 1 000 Einwohner
1. Verdichtungsräume	35 310	+ 37,2	- 8 900	- 9,2
2. Randzonen um die Verdichtungsräume	6 479	+ 19,5	955	+ 2,8
3. Ordnungsräume (= Verdichtungsräume und ihre Randzonen)	41 789	+ 32,6	- 7 945	- 6,1
4. Sonstige Gebiete	28 955	+ 12,2	- 15 511	- 6,5
5. Land Rheinland-Pfalz	70 744	+ 19,3	- 23 456	- 6,4

Dabei wird zwischen dem Zeitraum des wirtschaftlichen Booms 1970 bis 1973 und dem Zeitraum der Rezession 1974 bis 1976 unterschieden. Während in den Jahren 1970 bis 1973 die Zuwanderung in die **Verdichtungsräume** mit 37 je 1 000 Einwohner fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (19 je 1 000 Einwohner) war, war die Abwanderung seit 1974 aus den Verdichtungsräumen mit 9 je 1 000 Einwohner im Vergleich zu 6 je 1 000 Einwohner um rund 50 % höher als im Lande Rheinland-Pfalz insgesamt.

Geburtenhäufigkeit 1976 nach Kreisen

Lebendgeborene je 1000 Frauen (15-45 Jahre)

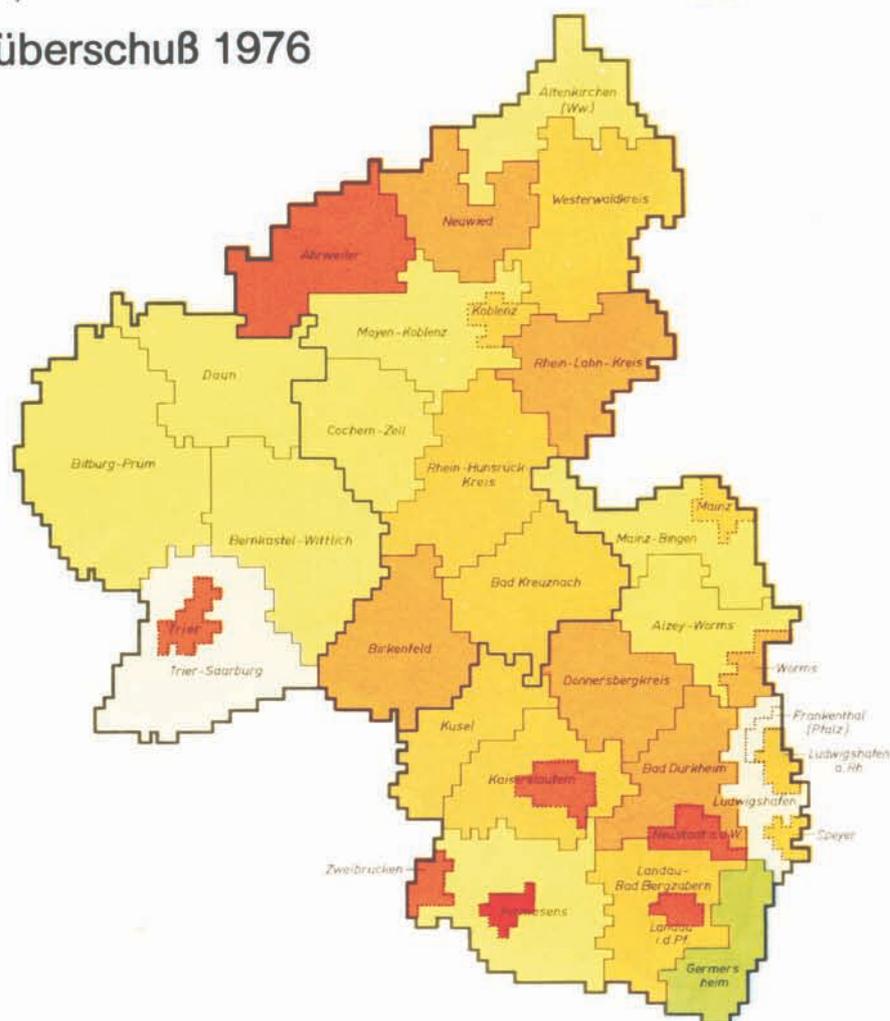
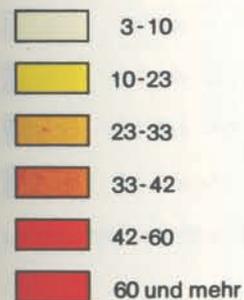


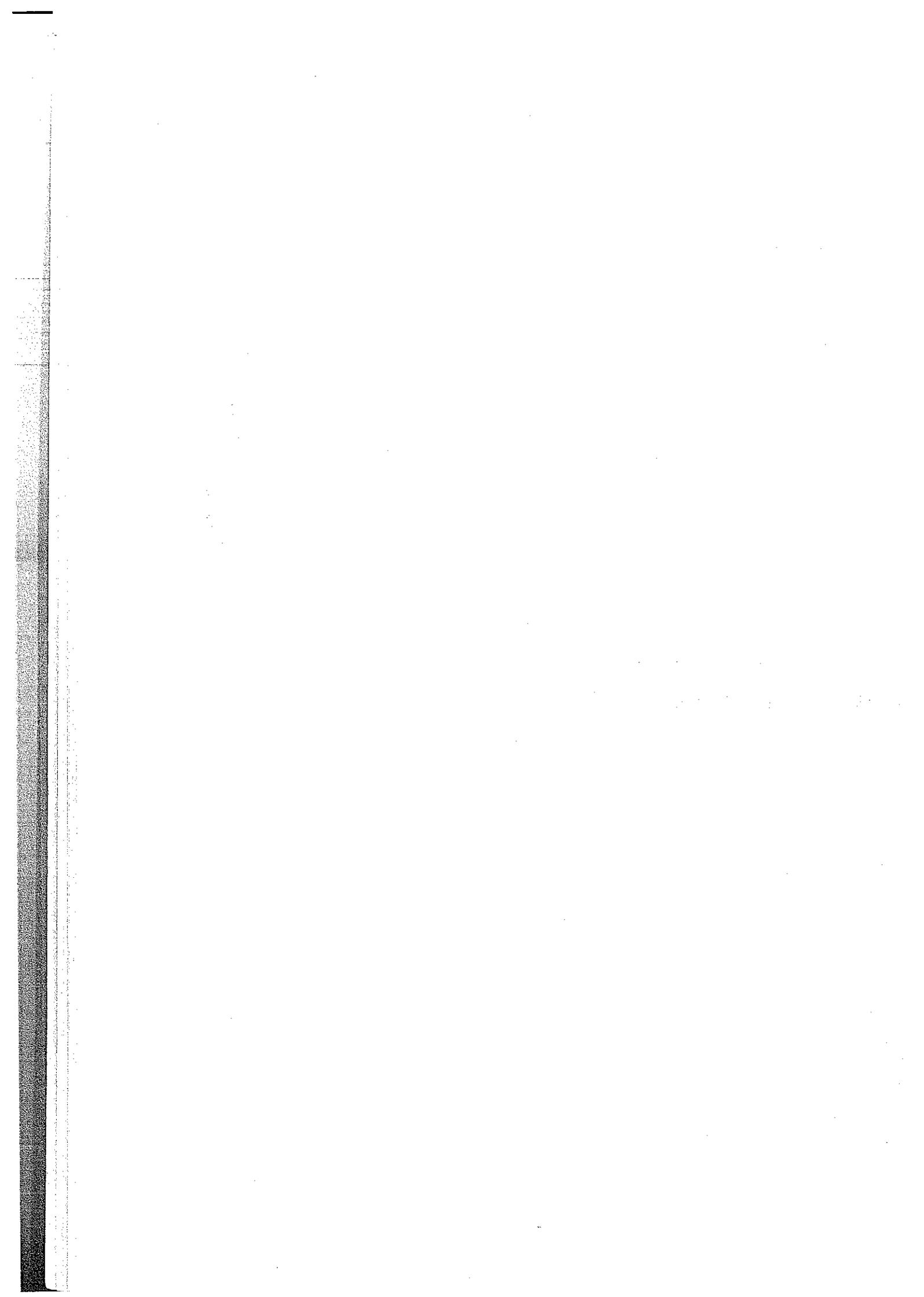
Geburten- und Sterbeüberschuß 1976 nach Kreisen

Geburtenüberschuß je 10000 Einw.



Sterbeüberschuß je 10000 Einw.





Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die **Randzonen der Verdichtungsräume** (sie hatten in den Jahren des Booms einen durchschnittlichen Wanderungsgewinn von 19,5 je 1 000 Einwohner). In der Rezessionsphase 1974 bis 1976 haben die Randzonen der Verdichtungsräume als einzige der oben genannten Gebietstypen einen Wanderungsgewinn, und zwar in der Höhe von fast 3 % je 1 000 Einwohner. Dieser Wanderungsgewinn der Randzonen gleicht ziemlich genau den höheren Wanderungsverlust der Verdichtungsräume im Vergleich zum Lande insgesamt aus, so daß die Ordnungsräume (Verdichtungsräume und Randzonen), wenn man sie als Einheit betrachtet, sich auch in ihrer Wanderungsbilanz etwa gemäß dem Landesdurchschnitt entwickelt haben. Als für die Landesentwicklung wesentliches Ergebnis kann festgehalten werden, daß jedenfalls im **Zeitraum 1974–1976 in Rheinland-Pfalz eine Unterbrechung des Verdichtungsprozesses eingetreten ist.**

Unterbrechung des Verdichtungsprozesses

Unter den zentralen Orten waren die Bevölkerungsverluste im Berichtszeitraum bei den Oberzentren mit einem Rückgang um 2,1 % (Landesdurchschnitt 1,1 %) am höchsten, gefolgt von den Mittelzentren, in denen Ende 1976 um 1,5 % weniger Menschen lebten als Anfang des Jahres 1975. Bei den Unter- und Kleinzentren waren die Abnahmen mit 0,5 % bzw. 0,2 % deutlich geringer. Die Gründe für die relativ ungünstige Entwicklung der zentralen Orte höherer Stufe sind vielschichtig; neben der in den Städten niedrigeren Geburtenhäufigkeit und den daraus resultierenden höheren Sterbeüberschüssen dürfte vor allem entscheidend sein, daß bei der Wahl der Wohnstandorte nicht die Stadt selbst, sondern die stadtnahe Gemeinde bevorzugt wird. Eine kleinräumliche Analyse der Wanderungssalden auf Verbandsgemeindeebene (s. Karte 7) verdeutlicht dies insbesondere für die Oberzentren Trier und Mainz, die von Verbandsgemeinden mit überdurchschnittlich hohen relativen Wanderungsgewinnen umgeben sind. Hinzu kommt, daß sich die ausländische Wohnbevölkerung, auf die im Berichtszeitraum der überwiegende Teil des Wanderungsverlusts entfiel, vorwiegend in größeren Städten konzentriert.

Bevölkerungsentwicklung in den zentralen Orten

Die **rückläufige Bevölkerungsentwicklung** im Lande wird sich, bedingt durch Gestorbenenüberschüsse und Wanderungsverluste, voraussichtlich auch **künftig fortsetzen.**

Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung bis 1990

Der zu erwartende Gestorbenenüberschuß dürfte – sofern sich das generative Verhalten nicht grundlegend ändert, was innerhalb des Prognosezeitraums unwahrscheinlich ist – bis 1980 auf 15 000 pro Jahr ansteigen und bis 1985 auf diesem Niveau verbleiben; in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind sogar jährliche Gestorbenenüberschüsse von 16.000 zu erwarten (s. Abb. 2).

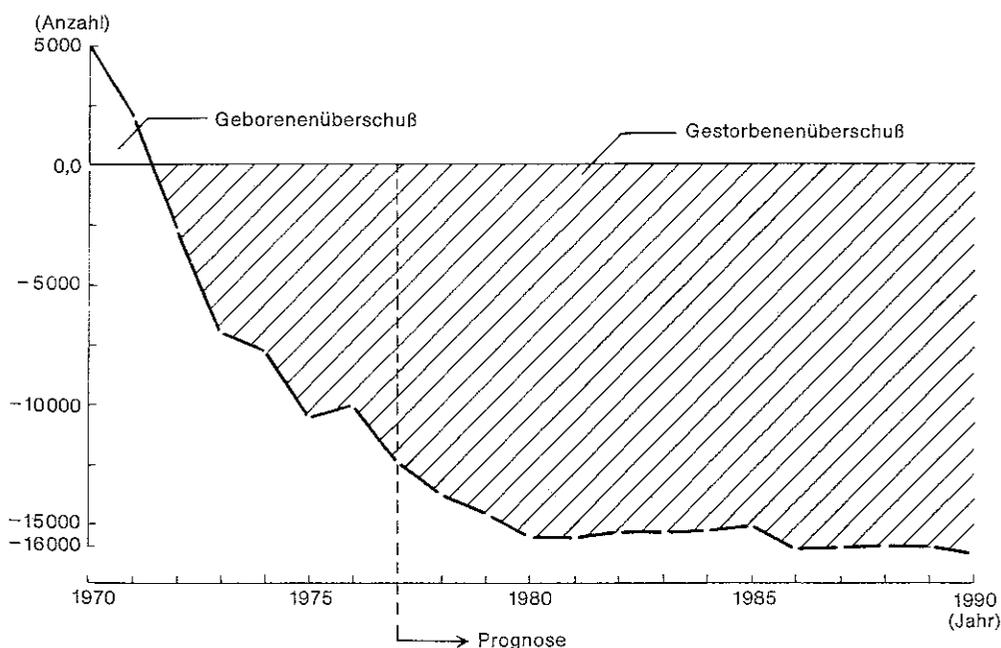


Abb. 2: Gestorbenenüberschuß in Rheinland-Pfalz bis 1990

Die **Wanderungsbilanz** von Rheinland-Pfalz, die die Bevölkerungsentwicklung als zweite Hauptkomponente bestimmt, läßt sich auch schon mittelfristig nur mit einer geringeren Verlässlichkeit prognostizieren; denn die Wanderungsentscheidungen hängen stark von der konjunkturellen Entwicklung ab. Eine neuere, konjunkturneutrale status-quo-Prognose läßt für das Land bis 1985 auch weiterhin Wanderungsverluste erwarten.



Abb. 3: Entwicklung des Erwerbspotentials¹⁾ bis 1990 in v. H. (1976 = 100)

Mitentscheidend für diese Entwicklung der Wanderungsbilanz ist vor allem, daß künftig trotz des Rückgangs der Gesamtbevölkerung mit einer **erheblichen Zunahme der erwerbsfähigen Bevölkerung** im Alter von 15 bis unter 65 Jahren und damit – unter Berücksichtigung der absehbaren, das Erwerbsverhalten der Altersgruppen und Geschlechter bestimmenden Faktoren – auch des Erwerbspotentials¹⁾ zu rechnen ist (s. Abb. 3), mit der die Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze im gleichen Zeitraum nicht Schritt halten wird. Dies dürfte zu einem Überschuß an Erwerbwilligen führen, von denen allerdings nur der kleinere Teil abwandern wird; der größte Teil dürfte auf solche Erwerbwillige entfallen, die entweder nicht wanderungsfähig oder -willig sind, z.B. auf ältere Arbeitnehmer, Ehefrauen auf der Suche nach einer Teilzeitbeschäftigung, mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft.

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Entwicklungstendenzen muß damit gerechnet werden, daß die **Wohnbevölkerung des Landes bis 1985** um etwa 240 000 auf 3,4 Mio Einwohner abnehmen wird.

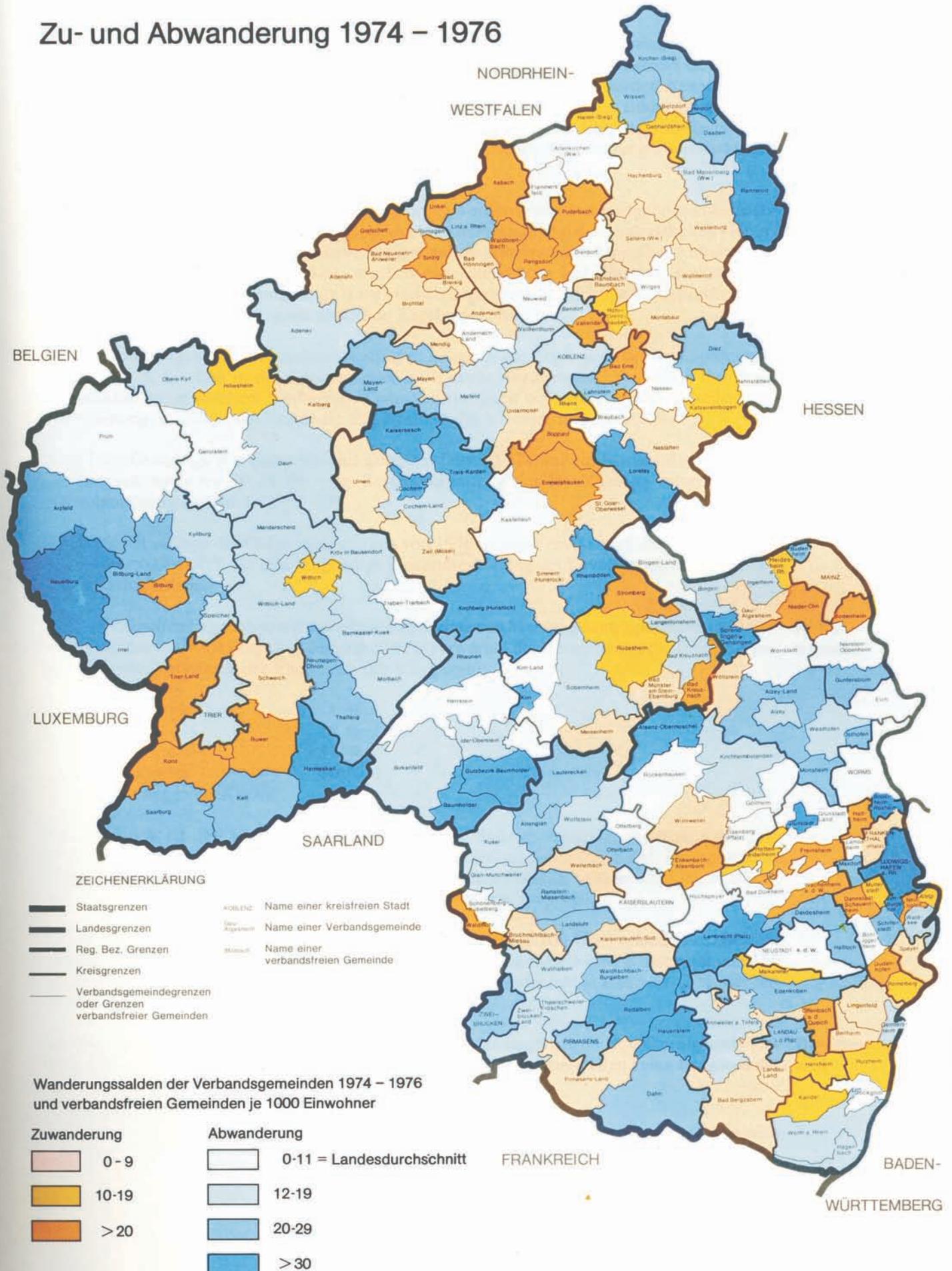
2.2 Langfristige Auswirkungen des Geburtenrückgangs 1964–1976

Drastischer Geburtenrückgang Ein drastischer Geburtenrückgang seit Mitte der Sechziger Jahre hat die **Bundesrepublik Deutschland zum Land mit der geringsten Geburtenhäufigkeit in der Welt** gemacht. Der Geburtenrückgang hat auch das Land Rheinland-Pfalz, wie zuvor in Kap. 2.1 dargestellt wird, in vollem Ausmaß erfaßt. Diese Entwicklung, die erst jetzt auf einem extrem niedrigen Niveau allmählich zum Stillstand zu kommen scheint, wirkt sich über eine Abnahme der Bevölkerung

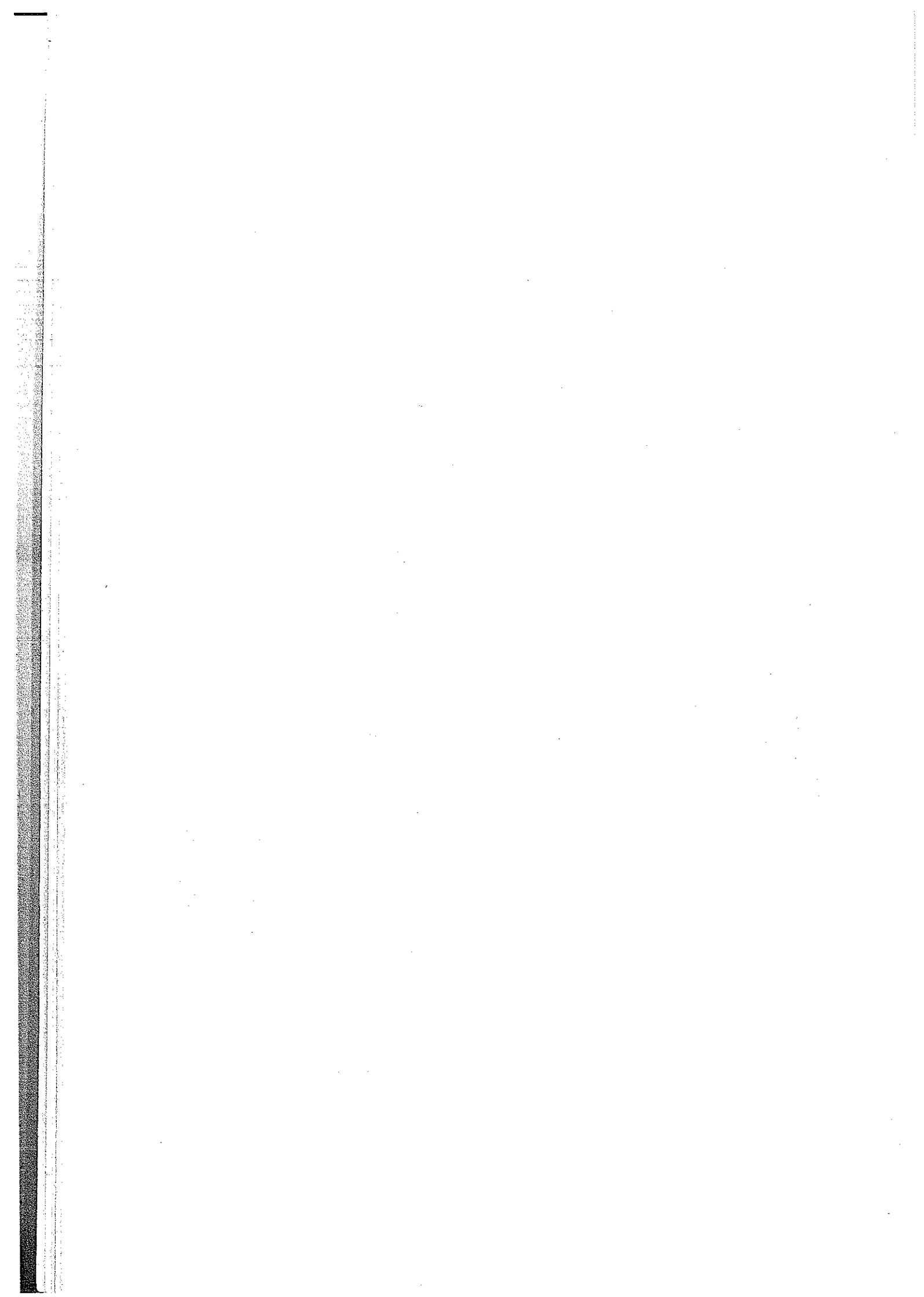
¹⁾ Das Erwerbspotential ist die Zahl der aufgrund der Prognose der natürlichen Bevölkerungsentwicklung und der Erwerbsquoten zu erwartenden Arbeitswilligen; es ist nicht identisch mit der Zahl der künftigen Erwerbstätigen, da die künftigen Wanderungsbewegungen nicht berücksichtigt sind.

RHEINLAND-PFALZ

Zu- und Abwanderung 1974 – 1976



STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -



und der damit verbundenen Veränderungen der demographischen Strukturen mittel- und langfristig auf nahezu alle Bereiche der Gesellschaft aus. Sie ist daher zunehmend Gegenstand öffentlicher Debatten und politischer Überlegungen geworden. Erörtert werden die mittel- und langfristigen Konsequenzen für die verschiedenen Politikbereiche wie das Bildungswesen, den Arbeitsmarkt oder die soziale Sicherheit sowie die Konsequenzen für Ehe und Gesellschaft, die Möglichkeiten der Bewältigung der aus der demographischen Entwicklung zu erwartenden Probleme und die Ursachen dieser Entwicklung.

Im Raumordnungsbericht 1975 der Landesregierung wurden erstmals die Ergebnisse langfristiger Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung dargestellt, die diesen drastischen Geburtenrückgang berücksichtigen. Die **Auswirkungen auf die Landesentwicklung** bei Anhalten der extrem niedrigen Geburtenhäufigkeit, nämlich eine **allmähliche Entvölkerung der strukturschwachen Gebiete**, wurde aufgezeigt.¹⁾ Inzwischen liegen auch langfristige Modellrechnungen auf Bundesebene vor, die zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen.

**Langfristige
Modell-
rechnungen**

Neue Berechnungen auf Landesebene bestätigen ebenfalls die Ergebnisse des Raumordnungsberichts 1975. Sie sind in der Tendenz eher noch etwas ungünstiger. Dies sei an der Frage veranschaulicht, in welchem Umfang die Geburtenhäufigkeit bei ausgeglichener Wanderungsbilanz ansteigen müßte, um langfristig den Bestand der Bevölkerung zu erhalten:

**Bedingungen
für „Null-
wachstum“**

- Auf der Grundlage der Geburtenhäufigkeit des Jahres 1974 war ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit um etwa 40 % für eine Bestandserhaltung der Bevölkerung erforderlich (s. Raumordnungsbericht 1975, S. 10).
- Auf der Grundlage der Geburtenhäufigkeit von 1976 ist sogar ein Anstieg der Geburtenhäufigkeit um etwa 47 % für eine langfristige Bestandserhaltung der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz erforderlich.

Diese statistischen Ergebnisse werden durch **Ergebnisse von Meinungsumfragen** bestätigt. Nach einer Repräsentativ-Umfrage aus dem Jahr 1975²⁾ erwarten die Deutschen in der Bundesrepublik folgende Verteilung der Ehen nach der Kinderzahl:

**Kinder-
wünsche**

keine Kinder	1 %
ein Kind	28 %
zwei Kinder	57 %
drei Kinder	10 %
vier oder mehr Kinder	2 %

Dies entspricht rd. 180 Kinder je 100 Ehen. Offenbar sind die Befragten davon ausgegangen, daß es keine unfreiwillige Beschränkung auf ein Kind oder auf zwei Kinder gibt. Korrigiert man diesen Irrtum, kommt man aufgrund der aus der amtlichen Statistik vorliegenden Beobachtungen je 100 Ehen auf eine durchschnittliche Kinderzahl von etwa 150.

Für die **Bestandserhaltung der Bevölkerung sind 220 Kinder je 100 Ehen erforderlich**. Bezieht man das **Geburtendefizit von 70 Kindern je 100 Ehen** auf die tatsächliche Kinderzahl von 150 je 100 Ehen, so ergibt sich ein erforderlicher Anstieg der Kinderzahl je Ehe von 47 %, der mit den vorgenannten Berechnungen übereinstimmt.

Die nachfolgenden Ergebnisse von Modellrechnungen der langfristigen Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Landesinformationssystems stellen **keine Prognose der**

**Bevölkerungs-
zahl**

¹⁾ vgl. Raumordnungsbericht 1975, S. 12

²⁾ vgl. Schwarz, Karl: Gründe des Geburtenrückgangs 1966 bis 1975 und für „Nullwachstum“ erforderliche Kinderzahl der Ehen. Wirtschaft und Statistik, H. 6/1977, S. 376

zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung dar. Sie sollen nur aufzeigen, welche Folgen eine Beibehaltung des gegenwärtigen generativen Verhaltens haben würde. So wird von der Modellannahme ausgegangen, daß sich das generative Verhalten im gesamten Berechnungszeitraum gegenüber dem Ausgangsjahr 1976 bei ausgeglichener Wanderungsbilanz nicht ändert. Das Ergebnis zeigt Abb. 4 und Tabelle 4. Danach würde sich die Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bis zum Jahre 2000 um nahezu 270 000 auf rd. 3,38 Mio, bis 2030 um ca. 1 Mio auf 2,64 Mio und bis 2075 auf 1,44 Mio, d.h. auf knapp 40 % der heutigen Bevölkerung verringern.

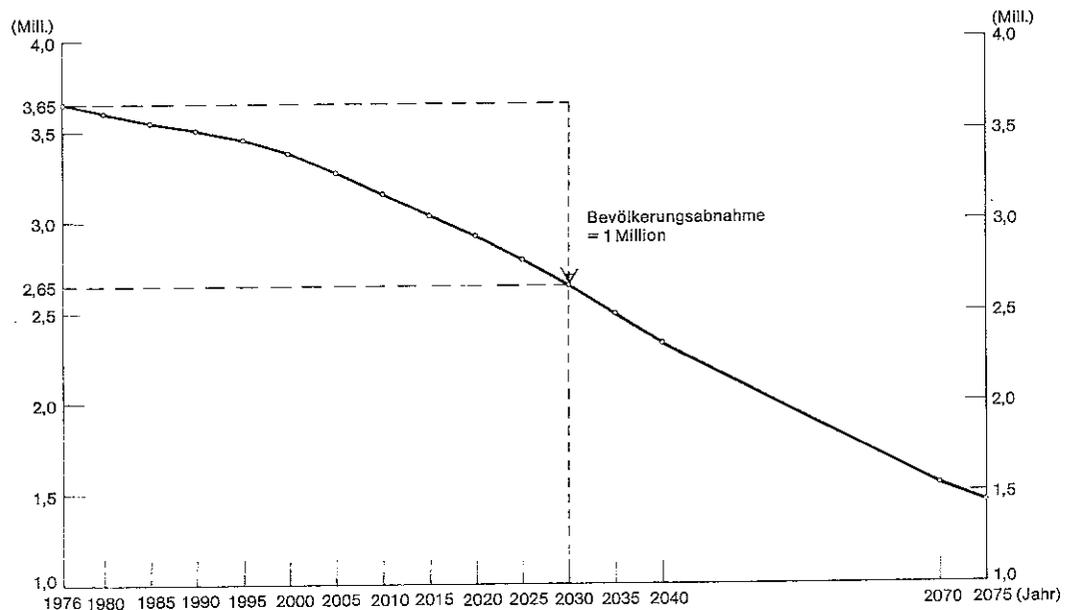


Abb. 4: Langfristige Bevölkerungsveränderung bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz

Tabelle 4: Langfristige Entwicklung der Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz

	Bevölkerungszahl		Bevölkerungsabnahme gegenüber 1976	
	absolut (i. T.)	i. v. H. des Jahres 1976	absolut (i. T.)	i. v. H.
1976	3 650	100 %	—	—
2000	3 380	93 %	270	7 %
2030	2 640	72 %	1 010	28 %
2075	1 440	40 %	2 210	60 %

Altersaufbau Einen Gesamtüberblick der altersstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerung vermitteln die Alterspyramiden (Abb. 5).

Besonders auffallend ist, in welchem Maße die Überalterung der Bevölkerung wächst. Während im Basisjahr etwa 14,9 % der Bevölkerung über 65 Jahre alt waren, erhöht sich dieser Anteilswert im Jahre 2000 auf 15,6 %, im Jahre 2030 auf 23,4 % und im Jahre 2075 auf 22,5 %.

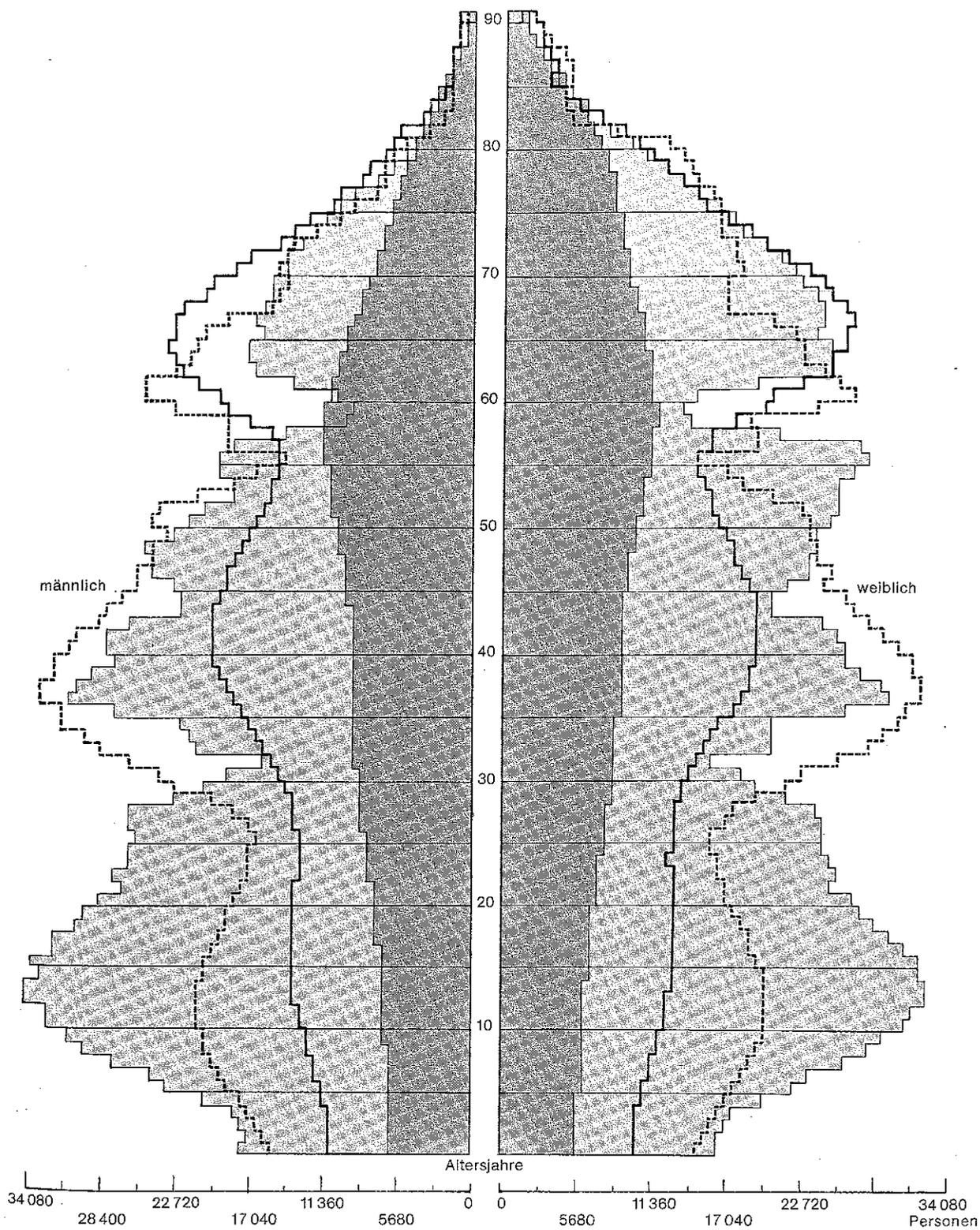


Abb. 5: Altersaufbau 1976, 2000, 2030, 2075 der Bevölkerung in Rheinland-Pfalz bei gleichbleibender Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz

-  Jahr 1976
-  Jahr 2000
-  Jahr 2030
-  Jahr 2075

Vergleichsrechnungen Eine weitere Modellrechnung allein für den deutschen Bevölkerungsanteil, die zwischen Bund und Ländern abgestimmt ist, zeigt, daß es sich nicht um ein spezifisches Problem von Rheinland-Pfalz, sondern um ein bundesweites Problem handelt. Die Ergebnisse für das Bundesgebiet sind in Tabelle 5 dargestellt.

Tabelle 5: Ergebnisse der 5. koordinierten Bevölkerungsvorausschätzung der Deutschen für das Bundesgebiet 1975–2070

Jahresanfang	Bevölkerung insgesamt (i. T.)	Bevölkerungsrückgang gegenüber 1975 in v. H.	Anteil der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung		
			unter 15 J.	15–65 J.	65 J. u. älter
1975	57 937		21,5	63,3	15,2
1990	54 796	– 5,4	15,3	69,5	15,2
2010	48 383	– 16,5	13,2	68,1	18,7
2030	39 444	– 31,9	12,7	63,9	23,4
2070	22 003	– 62,0	12,4	63,5	24,1

Nach diesen Berechnungsergebnissen würde die Zahl der Deutschen im Bundesgebiet bei konstanter Geburtenhäufigkeit und ausgeglichener Wanderungsbilanz in knapp 100 Jahren von rd. 58 Mio auf 22 Mio absinken. Für die Altersstruktur ergeben sich die gleichen Auswirkungen, wie sie oben für Rheinland-Pfalz beschrieben worden sind.

Automatischer Tendenzumschwung unwahrscheinlich

All diese Modellrechnungen dienen dazu, die Bevölkerungsentwicklung aufzuzeigen, falls über längere Zeit keine wesentliche Änderung des generativen Verhaltens eintreten sollte. Damit stellt sich die **Frage nach der Wahrscheinlichkeit eines Tendenzumschwunges**. Betrachtet man die heutigen Kinderwünsche, so ist offenbar schon bei maximal zwei Kindern die Schwelle des Gewollten erreicht. Drei oder gar vier Kinder werden in den allermeisten Fällen als nicht mehr vereinbar mit den Plänen für die Kinder oder mit anderen Lebensplänen der Eheleute angesehen. Jedoch müßten fast alle Ehen mit einem Kind (d.h. rd. 50 % mehr als nach den Beobachtungen 1975) und über die Hälfte der Ehen mit zwei Kindern (d.h. fast 100 % mehr als nach den Beobachtungen 1975) zu einem weiteren Kind bereit sein, damit im Durchschnitt rd. 220 Kinder je 100 Ehen erreicht werden. Etwa jede zehnte Familie (oder jede vierte bis fünfte mit bisher drei Kindern) müßte willens sein, sogar vier Kinder großzuziehen.

Das zeigt sehr **deutlich, daß Erwartungen auf einen automatischen Tendenzumschwung nur schwache Grundlagen haben**. Ein Anstieg der Kinderzahlen erscheint vielmehr nur möglich, wenn sich die Leitbilder und Wertvorstellungen ändern. Das wiederum dürfte andere außerfamiliäre und innerfamiliäre Rahmenbedingungen voraussetzen als sie zur Zeit gegeben sind. Dazu gehören auch Bedingungen, welche die mit Kindern verbundenen Lasten und Verzicht gleichmäßiger verteilen und auch dem veränderten Rollenverständnis der Frauen Rechnung tragen.

Die Landesentwicklungspolitik kann nach alledem den Geburtenrückgang nicht als kurzfristige Übergangstendenz ignorieren.

2.3 Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

Bruttoinlandsprodukt

Die Wirtschaftskraft des Landes und seiner Teilräume läßt sich auch weiterhin am besten aufgrund des Bruttoinlandsprodukts beurteilen. Es ist die Summe aller in einem Gebiet während eines Jahres erbrachten bewertbaren Güter und Leistungen. Das Bruttoinlandsprodukt stellt trotz der zum Teil an ihm geübten berechtigten Kritik den umfassendsten verfügbaren Maßstab für die Wertschöpfung in Teilräumen dar.

Das Bruttoinlandsprodukt erreichte 1976 in Rheinland-Pfalz nominal 16.400 DM je Einwohner. Der reale¹⁾ Pro-Kopf-Wert des Bruttoinlandsprodukts hat sich seit 1960 um 85 % vergrößert, während er im Bundesdurchschnitt um zwei Drittel angestiegen ist.

Tabelle 6: Reales Bruttoinlandsprodukt²⁾ je Erwerbstätigen und je Einwohner 1976 in den Flächenländern

	Bruttoinlandsprodukt ²⁾ je Erwerbstätigen DM	1960 = 100	je Einwohner DM
Nordrhein-Westfalen	34 200	193	12 980
Hessen	31 670	190	13 220
Rheinland-Pfalz	31 200	222	11 570
Baden-Württemberg	30 500	195	13 500
Schleswig-Holstein	29 120	182	10 510
Saarland	29 060	178	11 170
Bayern	28 730	199	12 240
Niedersachsen	28 560	185	11 020
Bundesgebiet	31 470	191	12 800

Die größte Rezession der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik Deutschland, die 1973 begann und 1975 ihren Höhepunkt erreichte, hat auch in Rheinland-Pfalz zu erheblichen Wachstumsverlusten im Gefolge der bundesweiten Entwicklung geführt. Erstmals seit Erstellung von volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (1950) ist im Jahre 1975 das Sozialprodukt im Land wie im Bund real gesunken.

Der konjunkturelle Einbruch 1975 wurde durch die 1976 sich abzeichnende Erholung zwar kompensiert, doch beziffert sich in Rheinland-Pfalz das reale Wirtschaftswachstum zwischen 1974 und 1976 auf insgesamt nur 2,3 % (Bundesgebiet 2,8 %). Bei der Beurteilung dieser Wachstumsraten ist zugunsten von Rheinland-Pfalz der sogenannte Basiseffekt zu berücksichtigen, der sich daraus ergibt, daß die Vergleichsbasis im Jahre 1974 für Rheinland-Pfalz gegenüber dem Bund und anderen Ländern relativ hoch war.

Das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ist ein Maßstab für die Produktivität, die entscheidenden Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und damit auch auf die Sicherheit der industriellen Arbeitsplätze hat. Der Vergleich des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in den Flächenländern (s. Tabelle 6) zeigt, daß Rheinland-Pfalz mit dem Betrag von 31 200 DM an 3. Stelle der Flächenländer des Bundesgebietes liegt, im Jahre 1960 hatte das Land noch an letzter Stelle gelegen. **Gemessen an der Produktivitätsentwicklung seit 1960 liegt Rheinland-Pfalz (+ 122 %) nicht nur über dem Bundesdurchschnitt (+ 91 %), sondern sogar deutlich an der Spitze aller Flächenländer** vor Bayern und Baden-Württemberg. Diese hervorragende Produktivitätsentwicklung des Landes beruht vor allem auf der günstigen Branchenstruktur der heimischen Industrie, die nicht zuletzt durch die Industrieansiedlungspolitik der Landesregierung erreicht worden ist.

Von den fünf Regionen des Landes weist die **Rheinpfalz** die höchste wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf. Dort übersteigt das auf die Wirtschaftsbevölkerung³⁾ bezogene Bruttoinlandsprodukt (BIP/Wib) den Landesdurchschnitt um rd. ein Drittel; die strukturschwachen Regionen **Westpfalz** und **Trier** erreichen ca. vier Fünftel des Landeswertes (vgl. Tabelle 7).

Überdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung

¹⁾ in Preisen von 1970

²⁾ geordnet nach der Höhe des realen Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen 1976

³⁾ Unter Wirtschaftsbevölkerung versteht man die an der Leistungserstellung in einem Gebiet beteiligten Erwerbstätigen einschl. ihrer Angehörigen; rechnerisch stellt sie sich dar als Wohnbevölkerung ± zweifacher Berufspendler-saldo.

Tabelle 7: Nominales Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung in den Regionen 1974¹⁾

Region	DM	Land = 100
1 Mittelrhein-Westerwald	14 020	89,7
2 Trier	12 740	81,5
3 Rheinhessen-Nahe	16 620	106,3
4 Rheinpfalz	20 940	133,9
5 Westpfalz	12 370	79,1
Rheinland-Pfalz	15 630	100,0

**Regionale
Unterschiede in der
Wirtschaftskraft**

Die Unterschiede in der wirtschaftlichen Leistungskraft nach Kreisen zeigt Karte 8. Spitzenreiter ist der Landkreis **Germersheim** (30 110 DM), der fast das Doppelte des Landesdurchschnitts (15 630 DM) erreicht und noch vor der Stadt Ludwigshafen (28 480 DM) liegt.

Der Raum mit der niedrigsten Wirtschaftskraft innerhalb des Landes ist der Landkreis **Kusel** (10 800 DM). Zwar weisen die Landkreise **Trier-Saarburg** (10 300 DM) und **Kaiserslautern** (9 500 DM) noch niedrigere Werte als Kusel auf. Raumordnerisch sind diese Landkreise aber gemeinsam mit den eingeschlossenen Oberzentren Trier (15 970 DM) und Kaiserslautern (13 300 DM) jeweils als einheitliche Wirtschaftsräume zu betrachten, so daß die Wertschöpfung in den Wirtschaftsräumen Trier und Kaiserslautern die des Raumes Kusel deutlich übersteigt.

Die Karte 8 zeigt eine Abweichung von der Regel, daß die Wirtschaftskraft im Zentrum die des umgebenden Raumes erheblich übersteigt: In der **Stadt Landau** ist die Wirtschaftskraft (12 580 DM) niedriger als im umgebenden Landkreis Landau-Bad Bergzabern (14 250 DM). Dies ist ein Indiz für erhebliche Strukturprobleme der Stadt Landau, die sich auch in hohen Arbeitsplatzverlusten der verarbeitenden Industrie widerspiegeln (vgl. Kap. 2.4 und Tabelle 10 im Anhang).

**Räumliche
Unterschiede
in der sektoralen
Struktur des BIP**

Unterschiedliche Gewichte der drei Wirtschaftssektoren Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen in den Kreisen des Landes zeigt ebenfalls Karte 8. Der **primäre Sektor** (Land- und Forstwirtschaft) übersteigt in zwei zusammenhängenden Großräumen im Westen und Süden des Landes mit einem Anteil von mehr als 8 % an der Gesamtwertschöpfung den Landesdurchschnitt von 3,7 % um mehr als das Doppelte. Der südliche Großraum (die Landkreise Alzey-Worms, Donnersbergkreis, Bad Dürkheim und Landau-Bad Bergzabern) weist einen relativ hohen Anteil entwicklungsfähiger landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetriebe auf (vgl. Kap. 3.4.). Die betriebliche Struktur in dem westlichen Großraum mit hohem Anteil der landwirtschaftlichen Wertschöpfung – dieser Raum umfaßt alle Landkreise des Regierungsbezirks Trier sowie den Kreis Cochem-Zell und den Rhein-Hunsrück-Kreis – ist wesentlich weniger günstig. Hier ist daher in Zukunft noch ein erheblicher Strukturwandel zu erwarten, sofern ausreichende alternative Erwerbsmöglichkeiten angeboten werden können.

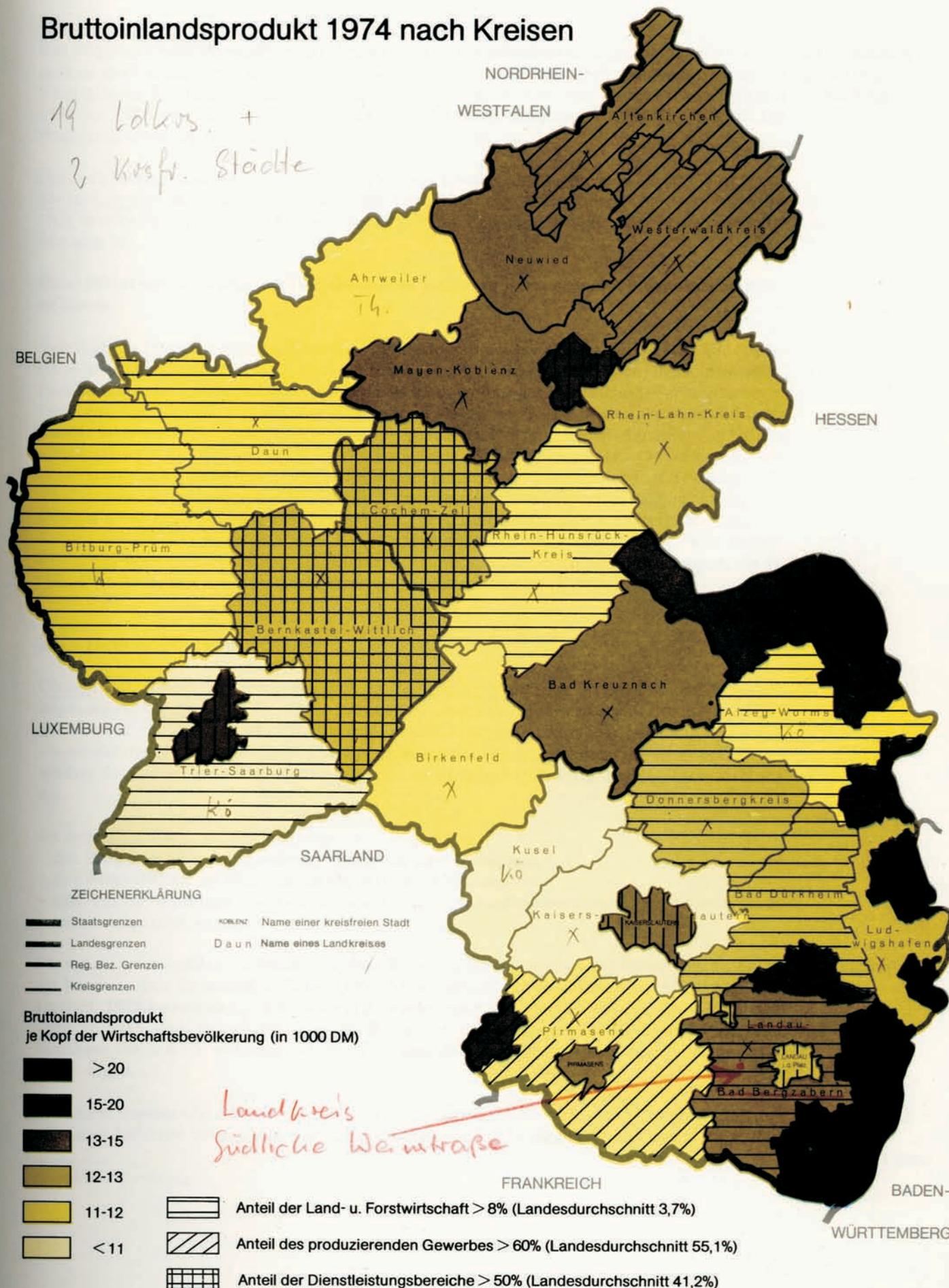
Der im Landesdurchschnitt dominierende **sekundäre Sektor** (produzierendes Gewerbe; 55,1 %) überschreitet einen Anteil an der Wertschöpfung von 60 % im Norden des Landes (Landkreis Altenkirchen und Westerwaldkreis), in den kreisfreien Städten des Rhein-Neckar-Raumes (Worms, Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer) sowie im Süden in Zweibrücken und den Landkreisen Pirmasens und Germersheim. Der die Dienstleistungen zusammenfassende **tertiäre Sektor** (Landesdurchschnitt 41,2 %) dominiert mit einem Anteil von mehr als 50 % nicht nur in den Oberzentren – außer Ludwigshafen – sowie in den kreisfreien Städten Neustadt und Landau, sondern auch in zwei Landkreisen: Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich.

¹⁾ Unrevidierte Ergebnisse; neuere Daten zum Bruttoinlandsprodukt (für 1976) liegen für Teilräume des Landes noch nicht vor.

RHEINLAND-PFALZ

Bruttoinlandsprodukt 1974 nach Kreisen

19 Kreise +
2 kreisfr. Städte



ZEICHENERKLÄRUNG

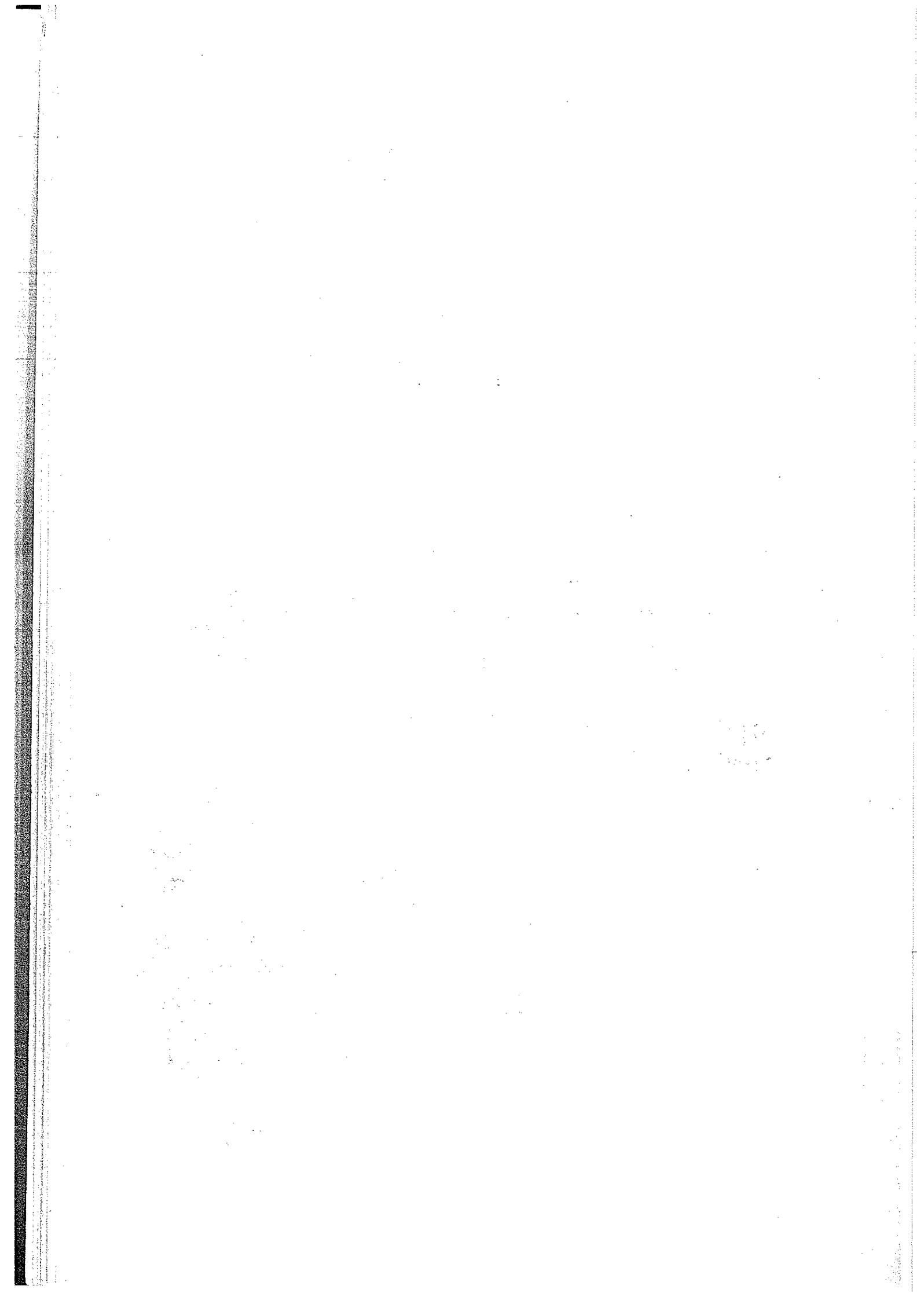
- Staatsgrenzen
- Landesgrenzen
- Reg. Bez. Grenzen
- Kreisgrenzen
- KOBLENZ Name einer kreisfreien Stadt
- DAUN Name eines Landkreises

Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Wirtschaftsbevölkerung (in 1000 DM)

- > 20
- 15-20
- 13-15
- 12-13
- 11-12
- < 11

- Anteil der Land- u. Forstwirtschaft > 8% (Landesdurchschnitt 3,7%)
- Anteil des produzierenden Gewerbes > 60% (Landesdurchschnitt 55,1%)
- Anteil der Dienstleistungsbereiche > 50% (Landesdurchschnitt 41,2%)

STAATSKANZLEI RHEINLAND-PFALZ - OBERSTE LANDESPLANUNGSBEHÖRDE -



Das eingangs beschriebene überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum in Rheinland-Pfalz hat auch zu einer deutlichen Erhöhung der Steuereinnahmen des Landes beigetragen, wobei die im Vergleich zur Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts des Landes (Zunahme von 1970 bis 1976 um 68,0 %) stärkere Zunahme der Steuereinnahmen (78,6 %) ¹⁾ durch die Progressionswirkung des Steuersystems mitverursacht ist.

**Bruttoinlands-
produkt und
Steuerkraft**

Dennoch betragen die Steuereinnahmen (Bundes-, Landes- und Gemeindesteuern) je Einwohner im Lande in den letzten vier Jahren nur etwa 82 % des Bundesdurchschnitts, obwohl das reale Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zur gleichen Zeit über 90 % des Bundesdurchschnitts betragen hat.

Diese Diskrepanz ist weitgehend auf das derzeit gültige Steuersystem und Steuerrecht zurückzuführen:

So beträgt als Folge der Konstruktion des Umsatzsteuereinzugs (Zahlung am Sitz der Unternehmens- oder der Geschäftsleitung auch für Filialen oder große Tochterfirmen) das Umsatzaufkommen des Landes an der Summe des Bundesgebietes im Durchschnitt der letzten sechs Jahre nur 4,9 %, während sich der Anteil des Landes am realen Bruttoinlandsprodukt des Bundes in dieser Zeit auf durchschnittlich 5,4 % beläuft. **Die fehlende Steuererlegung bei der Umsatzsteuer** – gleiches gilt auch für die **veranlagte Einkommenssteuer** – wirkt sich für die Steuerkraft eines Landes wie Rheinland-Pfalz mit größeren Filialbetrieben oder Tochtergesellschaften von Unternehmen mit Sitz in einem anderen Bundesland zwangsläufig nachteilig aus. Obwohl diese Betriebe zum Teil beträchtlich zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung des Landes beitragen, schlägt sich dies im Umsatzaufkommen des Landes nicht nieder. Rheinland-Pfalz erhält allerdings im Rahmen des Länderfinanzausgleichs Zuweisungen, die als indirekter Ausgleich für diesen Steuerverlust angesehen werden können.

2.4 Industrielle Entwicklung

Obwohl der Anteil der Erwerbstätigen in der Industrie und im produzierenden Gewerbe insgesamt rückläufig ist (1974: 45 %; 1976: 43 %), behält der produzierende Bereich mit einer überdurchschnittlichen Wertschöpfung (vgl. Kap. 2.3) seine herausragende Bedeutung für das wirtschaftliche Gesamtgeschehen. Die Entwicklung des produzierenden Gewerbes und insbesondere der Industrie stellt daher einen besonders wichtigen Faktor für die Landesentwicklung dar.

Im folgenden sollen die Entwicklung

- der **Produktion** als entscheidende Größe für den Wohlstand,
- der **Beschäftigten** im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation
- und der **Investitionen** als Gradmesser für die Zukunftserwartungen der Unternehmen näher untersucht werden.

Für die rheinland-pfälzische Industrie (ohne Bau- und Energiewirtschaft) hatten sich als Folge der bundesweiten Rezession 1974 und 1975 Minderungen der **Produktion** um 1,5 bzw. 6,1 % ergeben. **1976** konnte dagegen wieder ein **Zuwachs von 9,8 %** erreicht werden. Beim Vergleich 1976 zu 1973, dem letzten Jahr vor der Rezession, errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Zunahme von 1,6 %, während sich für den Bund im gleichen Zeitraum eine Abnahme von 2,6 % ergab.

Produktion

Mit einem **Umsatz** von nahezu 131 000 DM je Beschäftigten bewegte sich 1976 die rheinland-pfälzische Industrie beträchtlich über dem Bundesmittel (110 000 DM) und wurde unter den

**Hohe Kapital-
intensität
und hohe Löhne**

¹⁾ nach Steuerverteilung

Ländern lediglich von Hamburg und Bremen übertroffen. Auch der relativ geringe Anteil der Lohn- und Gehaltssumme am Umsatz von 19,9 % (vgl. Tabelle 8) spiegelt angesichts einer Bundesrelation von 23,6 % eine vergleichsweise **hohe Kapitalintensität der heimischen Industrie** wider. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Industriebeschäftigten lag 1976 in Rheinland-Pfalz mit 26 024 DM höher als in Niedersachsen, Baden-Württemberg, Berlin, Schleswig-Holstein und Bayern.

Langfristiger Vergleich zum Bund

Obwohl die ab Herbst 1973 einsetzende allgemeine wirtschaftliche Rezession während der Folgejahre innerhalb des gesamten Bundesgebietes weitgehend gleichartige Auswirkungen hatte, zeigt die **längerfristige** Analyse der industriestatistischen Ergebnisse für Rheinland-Pfalz vergleichsweise günstige Verhältnisse, wobei es allerdings die unterschiedlichen Basiswerte zu berücksichtigen gilt. **Während der Index der industriellen Produktion (ohne Baugewerbe und Energiewirtschaft) 1976 im Vergleich zu 1960 auf Bundesebene um 88 % zunahm, war gleichzeitig für Rheinland-Pfalz mit + 205 % eine wesentlich ausgeprägtere Expansionstendenz zu beobachten.** Dazu hat die Strukturpolitik der Landesregierung, insbesondere die Bemühungen um Industrieansiedlungen in strukturschwachen Gebieten, eine wesentliche Grundlage gelegt.

Beschäftigung

Die Beschäftigtenentwicklung verlief in Bund und Land weniger günstig als die Produktionsentwicklung. Trotz der 1976 im Verhältnis zum Vorjahr um 9,8 % gestiegenen Produktion ging die Zahl der Arbeitsstätten (-4,7 %) und der Beschäftigten (-2,4 %) in der rheinland-pfälzischen Industrie (Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) zurück (vgl. Tabelle 8); im Bundesgebiet waren entsprechende Rückgänge von 3,2 % bzw. 2,5 % zu verzeichnen.

Aus der Tatsache, daß 1976 die rheinland-pfälzische Industrie trotz der beträchtlichen Beschäftigteneinbuße eine ansehnliche Steigerung der Produktion erzielen konnte, resultiert eine noch ausgeprägtere Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Diese Tendenz war in abgeschwächter Form auch bereits von 1974 bis 1975 sichtbar gewesen.

Tabelle 8: **Beschäftigte in der Industrie¹⁾ in Bund und Ländern 1976**

Land	Beschäftigte insgesamt	Veränderung zu 1975	Anteil	Verhältnis Lohn- und Gehaltssumme zum Umsatz
Schleswig-Holstein	171 316	- 3,1	2,3	19,5
Hamburg	169 158	- 4,2	2,3	18,6
Niedersachsen	679 090	- 1,8	9,1	21,4
Bremen	92 140	- 5,0	1,2	18,4
Nordrhein-Westfalen	2 292 250	- 2,7	30,9	23,5
Hessen	648 222	- 1,8	8,7	27,3
Rheinland-Pfalz	365 137	- 2,4	4,9	19,9
Baden-Württemberg	1 404 011	- 2,5	18,9	26,4
Bayern	1 262 325	- 1,7	17,0	23,6
Saarland	152 581	- 2,4	2,1	27,4
Berlin (West)	192 141	- 5,6	2,6	25,8
Bundesgebiet	7 428 371	- 2,5	100,0	23,6

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie von Rheinland-Pfalz (nur Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten) hat gegenüber dem Stand vom Jahre 1973 um 42 200 - d.h. um 10,4 % auf 365 000 abgenommen (Bund - 940 000 = - 11,2 %).

Für die gesamte Industrie unter Einschluß der Kleinbetriebe mit weniger als 10 Beschäftigten war der Beschäftigtenrückgang (-40 388 = - 9,6 %) etwas niedriger (Bundesgebiet: - 916 922 = - 10,6 %).

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

Von diesem Rückgang waren die **Leder- und Textilindustrie** (– 10 317, die **Industrie der Steine und Erden** (– 6 721), **Elektrotechnik und Feinmechanik** (– 6 531) sowie die **Holz-, Papier- und Druckindustrie** (– 5 563) am stärksten betroffen (vgl. Abb. 6).

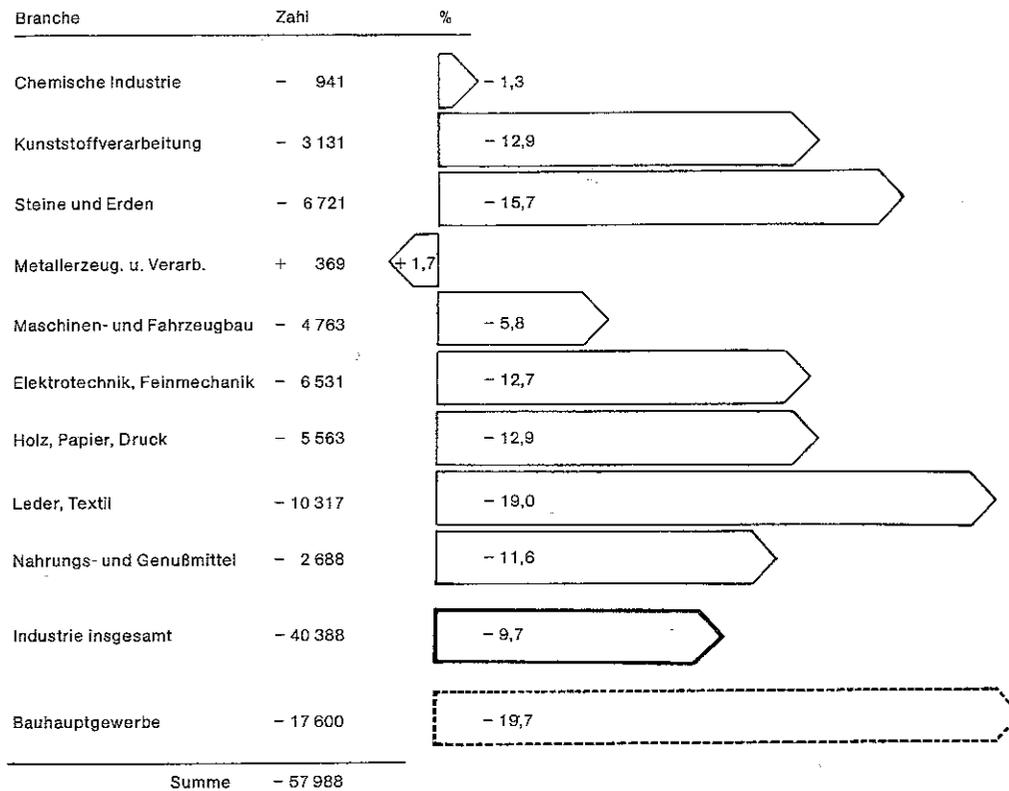


Abb. 6: Beschäftigtenrückgang 1973–1976 in der Industrie und im Bauhauptgewerbe

Im Zusammenhang mit dem Beschäftigtenrückgang in der Industrie muß auch der hohe Arbeitsplatzverlust im Baugewerbe gesehen werden. Die Beschäftigten im **Bauhauptgewerbe** nahmen im gleichen Zeitraum um fast 18 000 (= – 20 %) ab.

Die im längerfristigen Vergleich günstige Produktionsentwicklung in Rheinland-Pfalz schlug auch auf die Beschäftigtenentwicklung durch. Für den Zeitraum 1960–1976 ist **für Rheinland-Pfalz eine 3 %-ige Steigerung der Beschäftigtenzahl¹⁾** (10 000 Arbeitsplätze mehr) festzustellen, während **auf Bundesebene gleichzeitig eine 4,5 %-ige Minderung** (ca. 348 000 Arbeitsplätze weniger) hingenommen werden mußte (Bundesgebiet ohne Rheinland-Pfalz – 4,8 %). Im Bundesgebiet war zwischen 1960 und 1976 ein ausgeprägter Rückgang der Industriedichte von 139 auf 121 Beschäftigte je 1 000 Einwohner zu verzeichnen, auf Landesebene sank diese Relation lediglich um 4 Punkte auf 100.¹⁾ Dadurch konnte die zunächst beträchtliche Diskrepanz zum Bundesdurchschnitt um 14 Industriebeschäftigte pro 1 000 Einwohner reduziert werden.

Für die Raumordnungspolitik des Landes sind neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vor allem auch die Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung in den einzelnen Landesteilen

**Industrielle
Entwicklung
in Teilräumen**

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

Überragende industrielle Bedeutung des Rheingrabens

von Bedeutung. Großräumig werden die Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand zwischen den Teilräumen des Landes vor allem durch die **traditionelle Standortgunst des Rheingrabens** geprägt. **Beschäftigte und Umsatz der Industrie konzentrieren sich im Rheintal:** Auf die kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte Neuwied, Andernach, Koblenz, Lahnstein, Bingen, Ingelheim, Mainz, Worms, Frankenthal, Ludwigshafen und Speyer entfielen 1976¹⁾ 143 735 Arbeitsplätze und 21,1 Mrd. DM Umsatz. Das sind 39,4 % bzw. 44,2 % der gesamten rheinland-pfälzischen Industrie bei einem Einwohneranteil von nur 21,4 %.

Obwohl für die Gesamtheit dieser Rheinstädte die Beschäftigtenzahl im Vergleich zu 1975 mit - 3,0 % rückläufig war, stieg der Umsatz überproportional um 15,6 %. Nicht nur die Dichte der in der Industrie Beschäftigten von 184 je 1 000 Einwohner war hier fast doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (100);¹⁾ auch die Lohn- und Gehaltssumme von 30 885 DM je tätiger Person und die Exportquote von 34,3 % überstiegen die entsprechenden Landesmittelwerte von 131 000 DM bzw. 28,7 % beträchtlich.

Industriedichte in Teilräumen

Infolge der Rezession 1973/75 ist **ab 1974 in vier der fünf Regionen die Industriedichte merklich zurückgegangen.** Lediglich die vergleichsweise schwach industrialisierte **Region Trier konnte ihren Industrialisierungsgrad halten, was maßgeblich mit den in letzter Zeit dort durchgeführten Ansiedlungen zusammenhängen dürfte.**

Bei einem für 1976 errechneten landesdurchschnittlichen Industriebesatz von 104 Beschäftigten (alle Betriebe) je 1 000 Einwohner (1974: 110), bewegten sich die Ergebnisse der Planungsregionen zwischen 153 für die Rheinpfalz und 60 für Trier. Während weiterhin noch die Westpfalz (108) über dem Mittelwert lag, unterschritten ihn die Regionen Rheinhessen-Nahe (95) und Mittelrhein-Westerwald (89). Hatte 1974 der Dichtewert der industriereichsten Region das 2,64-fache der industrieärmsten betragen, war dieses Verhältnis 1976 auf 2,55 leicht gefallen.

Indessen lassen die regional tieferen Gliederungen wesentlich stärkere Unterschiede des Industriebesatzes erkennen mit den Extremen bei 376 bzw. 14 Beschäftigten je 1 000 Einwohner für die kreisfreie Stadt Ludwigshafen bzw. den Landkreis Alzey-Worms. Nach Mittelbereichen ergaben sich die höchsten Industriedichten 1976 neben Ludwigshafen (269) für Kandel/Wörth (210), Frankenthal (186), Dahn (183), Pirmasens (169), Betzdorf-Kirchen (159) und Wissen (158); die niedrigsten Dichtewerte verzeichneten die Mittelbereiche Alzey (9), Bernkastel-Kues (18), Saarburg (20) und Bad Dürkheim (22) (vgl. Karte 9).

Verlust industrieller Arbeitsplätze in den Kreisen

Die anteilig größten Verluste an industriellen Arbeitsplätzen mußte im Zeitraum 1973-1976 der **Kreis Alzey-Worms** hinnehmen (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Die Einbuße von 1 291 Arbeitsplätzen bedeutete für diesen Kreis einen Verlust von 48,5 %. Die höchsten Einbußen unter den kreisfreien Städten hatte die **Stadt Landau** zu verzeichnen. Im **Landkreis Daun**, der zu den Fördergebieten gehört, nahmen als einzigem Kreis die industriellen Arbeitsplätze zu (+ 1,8 %). **Stadt und Landkreis Pirmasens**, die Anfang der Siebziger Jahre hohe Arbeitsplatzverluste aufwiesen, konnten in der Rezessionsphase eine etwa dem Bundesdurchschnitt entsprechende Abnahme von ca. 11 % wahren.

Investitionsintensität

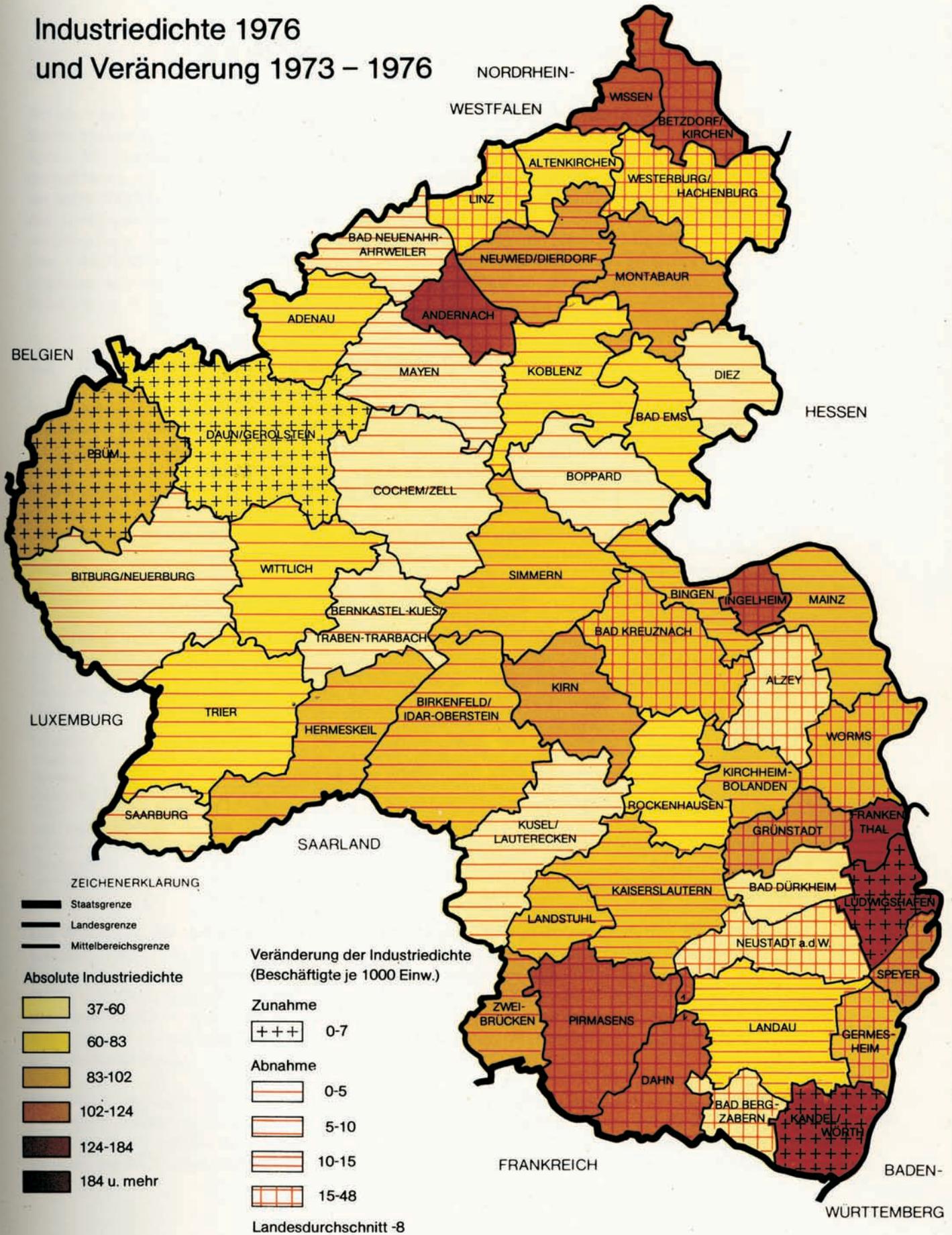
Ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung des industriellen Sektors ist das Investitionsgeschehen, wobei insbesondere die **Investitionen je Beschäftigten** in der Industrie Aufschluß über die zu erwartende Entwicklung erteilen. Während für diesen als Investitionsintensität bezeichneten Indikator bei Betrieben des verarbeitenden Gewerbes²⁾ mit 20 und mehr Beschäftigten zwischen 1968 und 1975 Landesdurchschnitte von 3 544 bis 6 110 DM (1971) zu verzeichnen waren, haben sich unter den Gemeinden mit mehr als 1 000 Industrie-Beschäftigten insbesondere für die Standorte Andernach, Weißenthurm, Koblenz, Bodenheim, Ludwigshafen, Speyer und Wörth an der Rheinachse sowie für Wittlich, Bitburg, Gondelsheim in der Eifel und Konz an der

¹⁾ Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

²⁾ Das verarbeitende Gewerbe umfaßt neben der Industrie auch das verarbeitende Handwerk, welches aber nur mit 1,5 % (1975) an den Investitionen beteiligt ist.

RHEINLAND-PFALZ

Industriedichte 1976
und Veränderung 1973 – 1976



ZEICHENERKLÄRUNG

- Staatsgrenze
- Landesgrenze
- Mittelbereichsgrenze

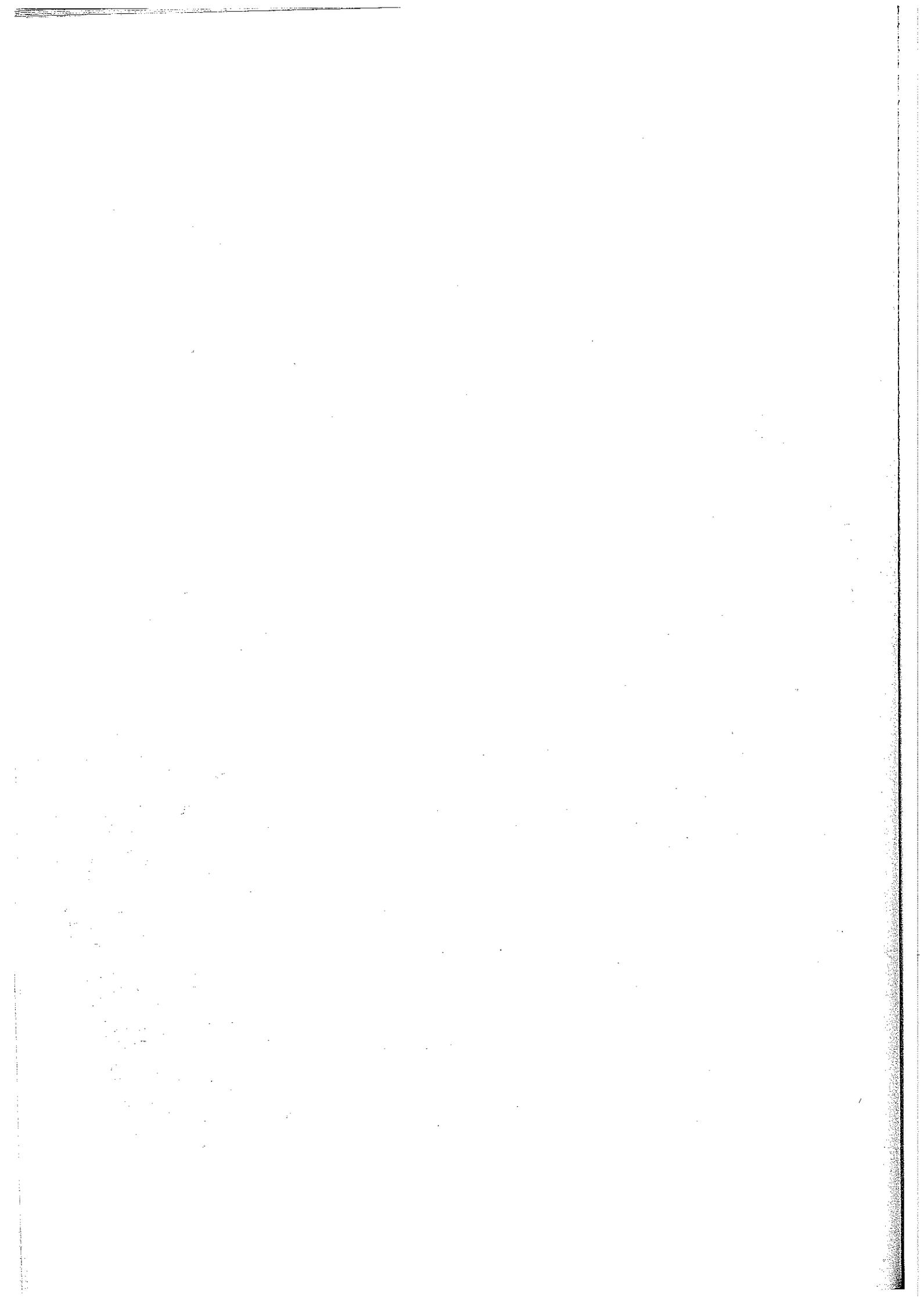
Absolute Industriedichte

- 37-60
- 60-83
- 83-102
- 102-124
- 124-184
- 184 u. mehr

**Veränderung der Industriedichte
(Beschäftigte je 1000 Einw.)**

- Zunahme**
- +++ 0-7
- Abnahme**
- 0-5
 - 5-10
 - 10-15
 - 15-48

Landesdurchschnitt -8



Mosel in der Regel weit überdurchschnittliche Werte der Investitionsintensität ergeben (vgl. Karte 10).

Bei einer mittleren Investitionsintensität von 5 390 DM im Jahre 1975 lagen die Betriebe der Städte Speyer (10 640 DM), Ludwigshafen (10 035 DM) und Andernach (9 850 DM) an der Spitze. 1975 bestritt die Ludwigshafener Industrie mit über 653 Mio. DM nahezu ein Drittel der Investitionen aller rheinland-pfälzischen Industriebetriebe, wovon mit rund 129 Mio. DM auch ein beträchtlicher Teil ausschließlich für Zwecke des Umweltschutzes, und zwar überwiegend des Gewässerschutzes, bestimmt war. Vergleichsweise geringe Investitionsintensitäten des verarbeitenden Gewerbes wurden 1975 u. a. für Betzdorf/Sieg und Kirchen/Sieg mit nur 1 310 bzw. 1 460 DM je Beschäftigten beobachtet, wo in den letzten Jahren jeweils größere Personal-einbußen seitens der dort stark repräsentierten Maschinenbau- bzw. metallverarbeitenden Industrie zu Buche schlugen.

2.5 Räumliche Ausprägung der Arbeitslosigkeit

Im Berichtszeitraum ist die Arbeitslosigkeit in allen Arbeitsamtsbezirken des Landes zurückgegangen (vgl. Tabelle 12). Dieser Rückgang der Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt von 4,8 % auf 4,0 % vollzog sich in der ersten Hälfte des Berichtszeitraums (Juni 1975 bis Juni 1976). In der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums hielt sich die Arbeitslosigkeit – von saisonalen Schwankungen abgesehen – auf diesem Niveau.

**Rückgang
1975–1977**

Tabelle 12: Entwicklung der Arbeitslosenquote (%) 1975–1977 in den Arbeitsamtsbezirken

Arbeitsamtsbezirk	Juni 1975	Juni 1976	Juni 1977	Veränderung Juni 1975 bis Juni 1977
Kaiserslautern	7,0	5,4	4,5	– 2,5
Koblenz	4,0	3,4	3,6	– 0,4
Kreuznach	5,4	3,9	4,3	– 1,1
Ludwigshafen	4,4	3,9	4,0	– 0,4
Mainz	3,6	3,1	3,5	– 0,1
Mayen	5,5	4,7	4,3	– 1,2
Montabaur	4,6	3,1	3,0	– 1,6
Neustadt	5,7	5,3	5,4	– 0,3
Neuwied	4,4	4,2	3,6	– 0,8
Pirmasens	7,6	5,5	4,9	– 2,7
Trier	5,1	4,6	4,8	– 0,3
Land Rheinland-Pfalz	4,8	4,0	4,0	– 0,8
Bundesgebiet	4,4	4,0	4,1	– 0,3

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit war in der Region Westpfalz am größten (AA-Bezirk Kaiserslautern – 2,5; AA-Bezirk Pirmasens – 2,7). Diese beiden Arbeitsamtsbezirke hatten am Ende des letzten Berichtszeitraums die höchsten Arbeitslosenquoten (7,0 % bzw. 7,6 % im Juni 1975). Am Ende dieses Berichtszeitraumes (Juni 1977) hatte der Arbeitsamtsbezirk Neustadt, der den südlichen Teil der Region Rheinpfalz umfaßt, die höchste Arbeitslosenquote (5,4 %); zugleich hatte er auch nach dem AA-Bezirk Mainz die geringste Abnahme der Arbeitslosigkeit im Berichtszeitraum.

Der Rückgang der Arbeitslosen insgesamt überdeckt eine gegenläufige Entwicklung bei der Frauenarbeitslosigkeit. Die globale Verringerung der Arbeitslosenzahl von fast 63 000 (Juni 1975) auf rd. 51 000 (Juni 1977) um 18,6 % resultiert aus einem Rückgang der Männerarbeitslosigkeit um 38,7 % bei einem gleichzeitigen Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit um 16,4 %, der

**Anstieg der
Frauenarbeits-
losigkeit**

jedoch erst in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums eingetreten ist. Während die Männerarbeitslosigkeit in jedem der 11 Arbeitsamtsbezirke des Landes um über 20 %, in der Westpfalz sogar um über 50 % abnahm, verlief die Entwicklung der Frauenarbeitslosigkeit in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 13).

Tabelle 13: Frauenarbeitslosigkeit 1975-1977 in den Arbeitsamtsbezirken

Arbeitsamtsbezirk	Juni 1975	Juni 1977	Veränderung in % Juni 1975 bis Juni 1977
Kaiserslautern	3 213	3 000	- 6,63
Koblenz	1 123	1 600	+ 41,34
Kreuznach	1 853	2 165	+ 16,84
Ludwigshafen	2 915	3 656	+ 25,42
Mainz	2 174	3 196	+ 47,01
Mayen	1 152	1 548	+ 34,38
Montabaur	1 593	1 583	- 0,63
Neustadt	2 648	3 117	+ 17,71
Neuwied	1 569	1 778	+ 14,21
Pirmasens	2 580	2 216	- 14,11
Trier	2 029	2 751	+ 35,58
Land	22 858	26 610	+ 16,41

So ging die Frauenarbeitslosigkeit in der Westpfalz zurück (AA-Bezirk Kaiserslautern - 6,6 %, AA-Bezirk Pirmasens - 14,1 %), sie stieg insbesondere in den Arbeitsamtsbezirken Mainz um rd. 1 000 (47 %) und Koblenz um knapp 500 (41 %) an. Diese gegenläufige Entwicklung hat über den Berichtszeitraum hinaus angehalten: so betrug im Oktober 1977 die Arbeitslosenquote für Männer 3,0 %, die für Frauen 6,4 %.

Jugendarbeitslosigkeit Auch bei der **Jugendarbeitslosigkeit** zeigt sich diese gegensätzliche Entwicklung zwischen männlicher und weiblicher Arbeitslosigkeit. Der Rückgang bei den Arbeitslosen unter 20 Jahren im Berichtszeitraum um 11 % resultiert aus einer **drastischen Abnahme bei den jungen Männern** (-37,7 %) und einer **überdurchschnittlichen Zunahme bei den jugendlichen Frauen** (+27,3 %). Dieser hohe Anstieg gerade der weiblichen Jugendarbeitslosigkeit ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Frauenarbeitslosigkeit nicht mit dem Hinweis auf eine mögliche häusliche Tätigkeit abgetan werden darf.

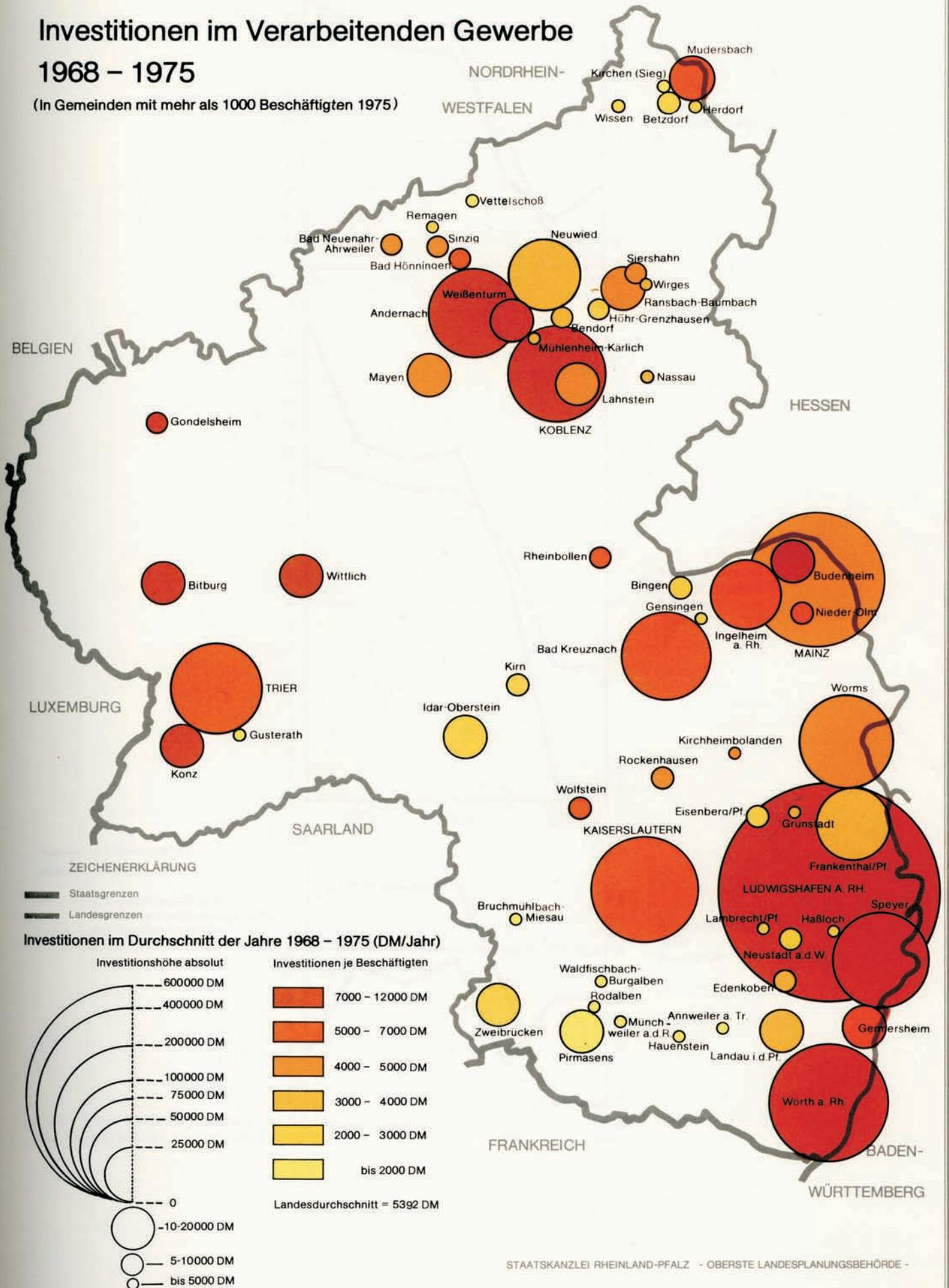
Im Berichtszeitraum vergrößerte sich der Anteil der **Arbeitslosen aus Angestelltenberufen** von 23,5 % auf 36,4 %. Am Ende des Berichtszeitraumes waren gegenüber dem Vorjahr die Arbeitslosenzahlen besonders bei Warenkaufleuten, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen, Gesundheitsdienstberufen sowie hauswirtschaftlichen und Reinigungsberufen erhöht, und zwar ausschließlich bei Frauen. Bundesweit hemmen die beschränkten finanziellen Möglichkeiten der öffentlichen Hand und des Gesundheitswesens, wie eine Strukturanalyse der Bundesanstalt für Arbeit vom Mai 1977 ergab, eine Stabilisierung der Arbeitsmarktsituation im tertiären Sektor.

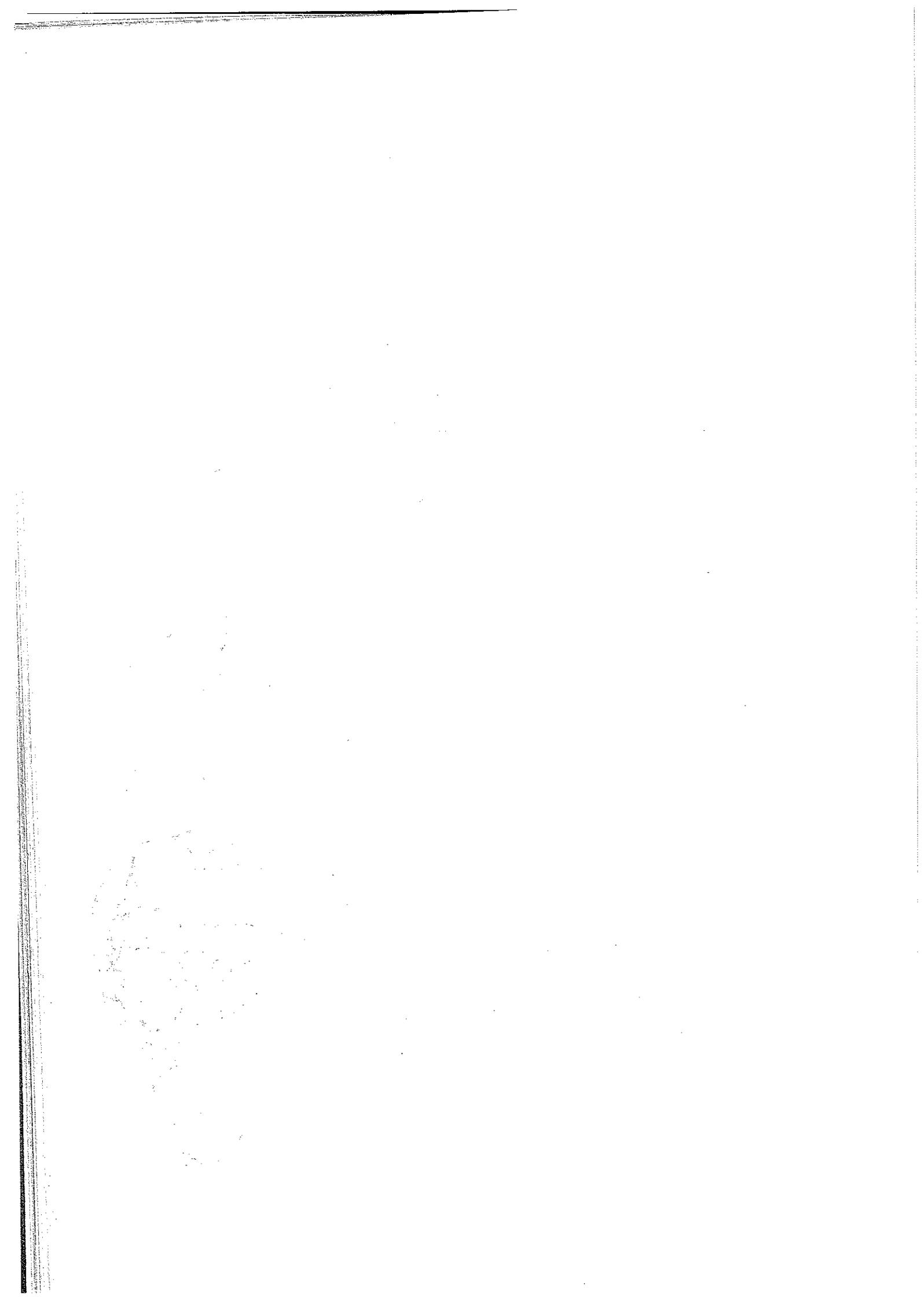
Unterschiedliche saisonale Schwankungen Die Höhe **saisonaler Schwankungen der Arbeitslosigkeit** ist in den einzelnen Arbeitsamtsbezirken und Haupt- und Nebenstellenbereichen außerordentlich unterschiedlich. Die Differenz zwischen dem Maximum und dem Minimum der monatsdurchschnittlichen Arbeitslosenquote beträgt im Arbeitsamtsbezirk Mayen 5,4 %, im Arbeitsamtsbezirk Mainz nur 0,8 %. Auf der Ebene der einzelnen Haupt- und Nebenstellenbereiche liegt die saisonale Schwankung sogar zwischen 12,3 % im Bereich Prüm und 0,5 % im Bereich Mainz. Auch über den engeren Berichtszeitraum hinaus bestätigen die jüngsten Arbeitslosenzahlen, die den Einfluß der Winterarbeitslosigkeit miteinfassen, die eingangs für die Sommerarbeitslosigkeit beschriebene Entwicklung. So betrug die Arbeitslosenquote im Landesdurchschnitt sowohl im Dezember 1977 wie auch im Dezember 1976 5,0 %, während sie im Dezember 1975 noch 5,9 % betragen hat.

RHEINLAND-PFALZ

Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1968 - 1975

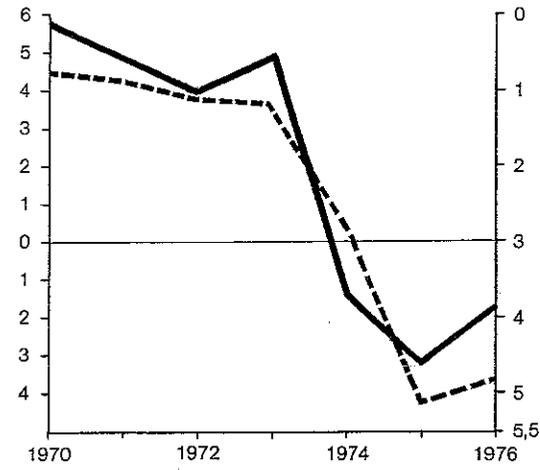
(In Gemeinden mit mehr als 1000 Beschäftigten 1975)



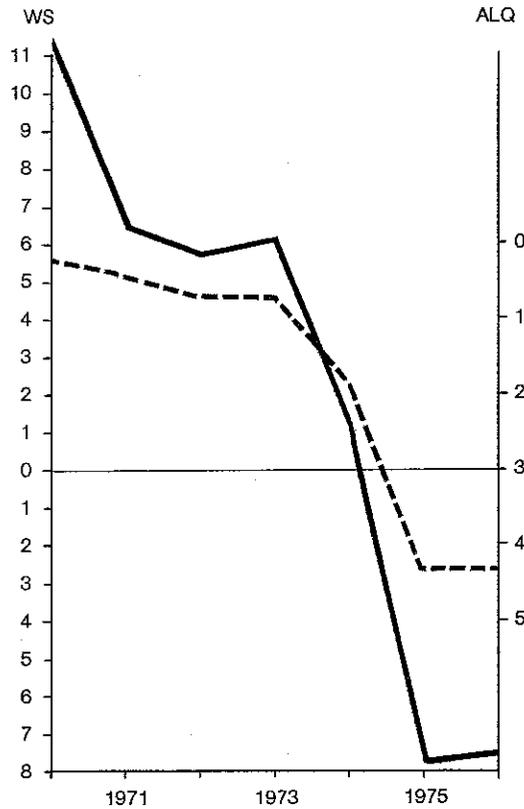


Wanderungssaldo
(WS)
je 1000
Einwohner

Arbeitslosen-
quote
(ALQ)

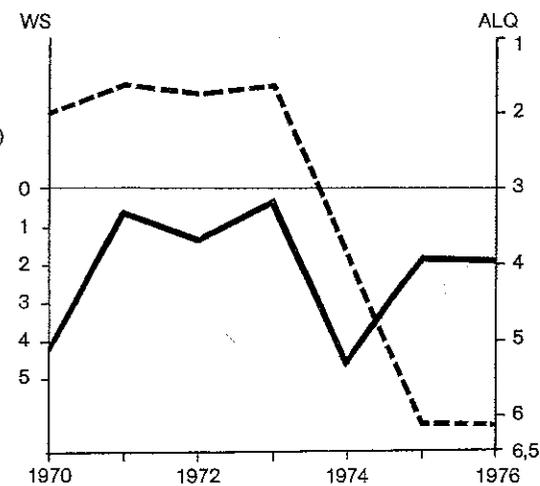


Land
Rheinland-Pfalz
R = -0,951



Arbeitsamtsbezirk
Ludwigshafen
R = -0,983

 Wanderungssaldo
 Arbeitslosenquote
 R Korrelationskoeffizient
 zwischen Arbeitslosenquote (%)
 und Wanderungssaldo
 je 1000 Einwohner.



Arbeitsamtsbezirk
Trier
R = -0,166

Abb. 7: Zusammenhang zwischen
Arbeitslosigkeit und Abwanderung

Langfristige Veränderung der Arbeitslosigkeit in Teilräumen Einen kleinräumig differenzierten Überblick über die **Arbeitslosenentwicklung seit der Rezession 1967** und die Höhe der Arbeitslosigkeit 1976 in den Haupt- und Nebenstellen gibt Karte 11. Danach konnten entgegen dem bundesweiten Trend sieben **Dienststellenbezirke im ländlichen Raum (Prüm, Gerolstein, Adenau, Daun, Cochem, Simmern und Morbach)** einen **Rückgang der Arbeitslosigkeit** verzeichnen. Alle sieben Gebiete liegen im Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.¹⁾

Diese differenzierte Darstellung zeigt weiterhin, daß sich die **Arbeitslosigkeit im Norden des Landes im Jahresvergleich 1967–1976 weniger ungünstig entwickelt hat als im Südteil**. Nur einer der sieben Haupt- und Nebenstellen mit einer weit überdurchschnittlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit (mehr als 3,5 Prozentpunkte 1967–76) liegt im Regierungsbezirk Koblenz (Hauptamtsbereich Bad Kreuznach), die übrigen (Worms, Grünstadt, Kaiserslautern, Neustadt, Germersheim und Kandel) liegen im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz.

Arbeitslosigkeit und Abwanderung Eine hohe Arbeitslosigkeit hat, insbesondere bei längerem Anhalten, auch **Auswirkungen auf die Raumstruktur**. Durch fehlende Arbeitsplätze können vor allem bei der jüngeren Bevölkerung Abwanderungen verursacht werden, die in dünn besiedelten Gebieten zur „sozialen Erosion“ führen können.

Wegen der raumordnerischen Bedeutung des Zusammenhangs zwischen Arbeitslosigkeit und Abwanderung seien im folgenden Ergebnisse einer räumlich differenzierten Analyse des Landes wiedergegeben, die allerdings mit der gebotenen Vorsicht gegenüber statistischen Korrelationsverfahren interpretiert werden müssen:

Für den Untersuchungszeitraum 1970 bis 1976 konnte für das Land und für neun der elf Arbeitsamtsbezirke ein **enger statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wanderungsverhalten** nachgewiesen werden (der Korrelationskoeffizient zwischen Arbeitslosenquote und Wanderungssaldo je 1.000 Einwohner liegt dort zwischen – 0,80 und – 0,98, vgl. Tabelle 14 im Anhang).

Der enge statistische Zusammenhang für das Land (Korrelation = – 0,95, vgl. Abb. 7) darf nicht dahingehend interpretiert werden, daß damit die Gesamtheit der Arbeitslosen oder auch nur deren überwiegender Teil abwandere. Für 1975 wurde für Rheinland-Pfalz geschätzt, daß etwa 20 % der Erwerbswilligen ohne Arbeitsplatz abwanderten.

Praktisch kein statistischer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Wanderungssaldo ergibt sich für den Arbeitsamtsbezirk Trier, der fast identisch ist mit dem strukturschwachen Regierungsbezirk Trier (Korrelation = – 0,17). Den engsten Zusammenhang weist der hoch industrialisierte Arbeitsamtsbezirk Ludwigshafen (Korrelation = – 0,98) auf. Dies legt die Vermutung nahe, daß die **Wanderungsentscheidungen in vorwiegend ländlich geprägten Räumen wie dem Regierungsbezirk Trier wesentlich stärker von arbeitsmarktunabhängigen Faktoren beeinflusst werden als in ausgesprochenen Industrieregionen wie z. B. Ludwigshafen**. Zu solchen Faktoren dürften z. B. der hohe Anteil an Eigenheimen, verbunden mit einem hohen Wohn- und Freizeitwert und die Möglichkeit des landwirtschaftlichen Neben- und Zuerwerbs zählen. Obwohl die daraus resultierende geringere großräumige Mobilität der ländlichen Bevölkerung unter rein arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten sich ungünstig auswirken kann, ist sie aus raumordnerischer Sicht eine wesentliche Grundlage für eine erfolversprechende aktive Entwicklungspolitik der ländlichen Räume.

2.6 Berufliche Bildung

Berufsbildendes Schulwesen

Berufsbildende Schulen Die Entwicklung im Bereich der berufsbildenden Schulen war im Berichtszeitraum durch folgende Bedingungen besonders geprägt:

1. Die **Gesamtschülerzahl** ist durch die zahlenmäßig schwachen Kurzschuljahrgänge vorübergehend zurückgegangen, und zwar von 142 811 im Schuljahr 1974/75 auf 126 398 im Schuljahr 1976/77. Sie wird durch den **Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in das berufsbildende Schulwesen** zukünftig bis etwa 1979 sehr stark ansteigen, um danach allmählich abzufallen.

¹⁾ vgl. auch Kap. 3.2